

# EINWOHNERRAT BRUGG

## PROTOKOLL

der Sitzung des Einwohnerrates  
vom 25. Juni 2021, 19.00 Uhr, im Campussaal

\* \* \*

### Traktanden:

1. Einbürgerungen
2. Rechenschaftsbericht und Rechnung 2020 der Einwohnergemeinde Brugg
3. Jahresbericht 2020 über die «Wirkungsorientierte Verwaltungsführung bei der Feuerwehr»
4. Neue Führungsstruktur Volksschule Brugg
5. Planungskredit für die Gebietsentwicklung Stadtraum Bahnhof Brugg Windisch
6. Überführung der Stadtbibliothek in die städtische Verwaltung sowie Umzug an den temporären Standort Effingerhof
7. Erhöhung der Stellenprozente bei der Abteilung Steuern
8. Postulat Martin Brügger, Barbara Müller, Reto Bertschi, Samuel Moor, Mischa Bertschi, Doris Erhard, Emanuel Heer, Yves Gärtner, David Hunziker, Markus Lang und Ulrich Merholz betreffend umfassende und zeitnahe Information bei der weiteren Planung der OASE-Teilprojekte auf Brugger Boden (wird vom Stadtrat entgegengenommen)

9. Postulat Reto Bertschi betreffend gendergerechte Sprache in Behörden und Verwaltung der Stadt Brugg (wird vom Stadtrat entgegengenommen)

\* \* \*

Vorsitz: Rita Boeck, Präsidentin  
Aktuar: Matthias Guggisberg, Stadtschreiber  
Stimmzähler: Samuel Moor und Matthias Rüede

\* \* \*

Präsenz: Es sind 48 Mitglieder anwesend. Entschuldigt haben sich die Herren Walter Brander und Adriaan Kerkhoven.  
Herr Stadtrat Reto Wettstein stösst wegen einer anderen Verpflichtung etwas später zur Sitzung.

\* \* \*

## Traktandum 1: Einbürgerungen

---

Herr Willi Wengi, Präsident der Finanzkommission: Die Finanzkommission hat die Unterlagen zu den vorliegenden drei Einbürgerungsgesuchen geprüft und festgestellt, dass die Gesuchstellerin und Gesuchsteller die rechtlichen Voraussetzungen für eine Aufnahme ins schweizerische Bürgerrecht erfüllen. Ebenso sind die Prüfkriterien der Finanzkommission erfüllt. Die Aufnahme ins Bürgerrecht der Einwohnergemeinde Brugg kann somit zugesichert werden. Im Namen der Finanzkommission bitte ich den Rat, den drei Anträgen des Stadtrates zuzustimmen.

Aus Datenschutzgründen wurden aus diesem Dokument sämtliche personenbezogenen Angaben entfernt.

## Traktandum 2: Rechenschaftsbericht und Rechnung 2020 der Einwohnergemeinde Brugg

---

Herr Vizeammann Dr. Leo Geissmann: Die Erfolgsrechnung 2020 der Einwohnergemeinde Brugg schloss mit einem positiven Gesamtergebnis von 1,94 Millionen Franken rund 2,46 Millionen besser ab als budgetiert. Das Ergebnis ist auch rund 270'000 Franken besser als jenes des Vorjahres. Auf weitere Vergleiche mit der Rechnung 2019 verzichte ich aufgrund der inzwischen vollzogenen Fusion mit der Gemeinde Schinznach-Bad.

Versehentlich verzichtet wurde im Rechenschaftsbericht auf Seite 54 auf die Nennung des Lehrkörpers Schinznach-Bad. Für diesen Fehler entschuldigt sich der Stadtrat.

Beim betrieblichen Ergebnis resultierte ein Verlust von 5,22 Millionen Franken. Im Vergleich zum Budget entsprach dies einer Verbesserung um 1,91 Millionen. Grund dafür war hauptsächlich der Fiskalertrag, der praktisch in allen Bereichen die Budgeterwartungen übertraf, insgesamt um 1,19 Millionen. Die Corona-Pandemie führte einerseits wegen der Absage von Anlässen – unter anderem des Jugendfests – zu Minderausgaben und verursachte andererseits wegen der Aufrüstung der Informatik-Funktionalität – unter anderem an der Schule – und der Umsetzung der verordneten Sicherheits-Massnahmen Mehrausgaben. Die Restkosten der ambulanten und stationären Pflegefinanzierung stiegen leider weiter. Bei der sozialen Sicherheit hingegen fielen die Kosten tiefer als erwartet aus.

Das Ergebnis aus der Finanzierung betrug 7,63 Millionen Franken. Es lag damit 1,0 Million über dem budgetierten Wert, dies einerseits wegen der höheren Wertberichtigungen bei den Finanzanlagen, andererseits wegen eines Buchgewinns von 510'000 Franken aus dem Verkauf einer Liegenschaft.

Das mit einem Verlust von 511'000 Franken budgetierte operative Ergebnis schloss mit einem Gewinn von 2,41 Millionen Franken. Im nicht budgetierten ausserordentlichen Ergebnis wurden eine Einlage von 0,5 Millionen in die Wertschwankungsreserve sowie ein Rückzug aus den Rücklagen der Globalbudgetbereiche verbucht.

Die Investitionsrechnung zeigt, dass im Jahr 2020 netto 3,49 Millionen Franken investiert wurden. Dies entspricht in etwa dem Budget. Es ist jedoch festzustellen, dass bei den budgetierten Projekten zeitliche Verzögerungen zu Minderausgaben von 553'000 Franken führten und dass für nach der Budgetgenehmigung beschlossene Projekte zusätzliche Ausgaben im Umfang von 1,12 Millionen verbucht wurden. Bei den Investitionseinnahmen wurde ausserdem eine ungeplante Teilrückzahlung eines Darlehens verbucht.

Die Selbstfinanzierung aus der Erfolgsrechnung betrug rund 7,2 Millionen Franken. Im Vergleich zu den Nettoinvestitionen ergibt dies ein Selbstfinanzierungsgrad von 205 %. Das Fi-

finanzierungsergebnis war positiv und betrug rund 3,7 Millionen Franken. Dieses Ergebnis führte zusammen mit der Einbuchung des Nettovermögens der Gemeinde Schinznach-Bad von 4,0 Millionen per 1. Januar 2020 zu einer Erhöhung des Nettovermögens um 7,7 Millionen auf den neuen Höchststand von 97,0 Millionen Franken.

Bei der Spezialfinanzierung Abwasserbeseitigung schloss die Rechnung mit einem negativen Gesamtergebnis von -168'000 Franken ab. Die Nettoinvestitionen betrugen 319'000 Franken. Zusammen mit der positiven Selbstfinanzierung von 352'000 Franken resultierte ein Finanzierungsergebnis von 33'000 Franken. Von der Gemeinde Schinznach-Bad wurde eine Nettoschuld in der Höhe von 593'000 Franken übernommen und eingebucht. Diese beiden Buchungen führten zu einer Abnahme des Nettovermögens um 559'000 Franken auf einen neuen Stand von 11,3 Millionen Franken.

Die Abfallwirtschaft wies ein positives Gesamtergebnis von knapp 38'000 Franken aus. Da keine Investitionen getätigt wurden, entspricht die Selbstfinanzierung dem Gesamtergebnis. Von der Gemeinde Schinznach-Bad wurde ein Nettovermögen von 67'000 Franken übernommen und eingebucht. Diese beiden Buchungen führen zu einer Zunahme des Nettovermögens um 106'000 Franken auf einen neuen Stand von 375'000 Franken.

Im Namen des Stadtrats danke ich allen Mitarbeitenden der Verwaltung und allen weiteren Beteiligten für ihren Einsatz für die Stadt Brugg und die verantwortungsvolle Umsetzung ihrer Aufgaben im Rahmen des Budgets. Ganz besonders danke ich der Abteilung Finanzen unter der Leitung von Stefan Huber für die vorausschauende Liquiditätsplanung, die gewissenhafte, saubere und transparente Rechnungsführung und den termingerechten Rechnungsabschluss. Ich danke dem Controller Daniel Rohrer für die aufmerksame Ausgabenkontrolle. Weiter danke ich der Finanzkommission und ihrem Präsidenten Willi Wengi für die vertiefte, kritische Prüfung der Rechnung und der Kreditabrechnungen sowie den konstruktiven Austausch mit dem Stadtrat. Ich danke auch allen Steuerpflichtigen, die ihren Verpflichtungen fristgerecht nachkommen und somit einen wichtigen Beitrag leisten, dass unsere Stadt ihre Aufgaben gut erfüllen kann.

Ich bitte den Rat im Namen des Stadtrates, den Anträgen auf Seite 92 zu folgen und den Rechenschaftsbericht, die Rechnung 2020 sowie die acht Kreditabrechnungen der Einwohnergemeinde Brugg zu genehmigen.

Nach der Diskussion und Abstimmung über die Rechnung 2020 werde ich dem Rat noch einen Überblick über den Stand der Arbeiten des Stadtrates an der Finanzstrategie geben.

Herr Willi Wengi, Präsident der Finanzkommission: Die Finanzkommission prüfte den Rechenschaftsbericht, die Rechnung und die Kreditabrechnungen gemäss ihrer Aufgabe kritisch. Offene Fragen aus den Unterlagen wurden entweder mit den entsprechenden Verwaltungsabteilungen oder anlässlich der gemeinsamen Sitzung mit dem Stadtrat geklärt.

Das operative Ergebnis ohne Spezialfinanzierungen ist mit einem Plus von 2,4 Millionen Franken wesentlich besser als das budgetierte Ergebnis von -0,5 Millionen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass im Ergebnis 2 Millionen aus dem Verkauf der Brunnenmühle enthalten sind. Das Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit weist trotz einer markanten Steigerung bei den Steuereinnahmen einen Verlust von 5,2 Millionen auf. Das ist zwar 1,9 Millionen besser als budgetiert, aber dennoch viel zu hoch. Die Abhängigkeit des operativen Ergebnisses vom Finanzertrag ist strukturbedingt und sehr hoch. Der Ertrag aus den beiden Anlageportfolios betrug 3,2 % respektive 2,8 %. Gute Erträge warfen auch die langfristigen Beteiligungen, speziell jene bei der IBB, ab.

Die Selbstfinanzierung ist auf Seite 95 mit 7,2 Millionen ausgewiesen. Dieser Betrag liegt im Rahmen dessen, was die Stadt für Reinvestitionen benötigt, im langjährigen Schnitt nämlich 6 bis 8 Millionen.

Das Nettovermögen stieg um 7,7 Millionen auf 97 Millionen per 31. Dezember 2020. Darin enthalten sind 4 Millionen von Schinznach-Bad. Da das Vermögen zu 90 % in Fonds angelegt ist, ist dieser Wert eine Momentaufnahme und kann stark schwanken.

Bei den Spezialfinanzierungen Abwasserbeseitigung und Abfallwirtschaft besteht aus Sicht der Finanzkommission zurzeit kein Handlungsbedarf.

Die buchhalterische Prüfung wurde durch Gruber & Partner durchgeführt. Der Revisionsbericht liegt vor und bestätigt eine einwandfreie Rechnungsführung.

Die Finanzkommission prüfte die Rechnung und befand sie für in Ordnung. Diverse Prüfungen bis zum Einzelbeleg ergaben in allen Fällen Übereinstimmung.

Neben der Verwaltungsrechnung prüfte die Finanzkommission auch die acht vorliegenden Kreditabrechnungen der Einwohnergemeinde und befand sie buchhalterisch für in Ordnung. Die Rechnungspassation 2019 – sie erfolgt jeweils mit einem Jahr Verzögerung, da die vom Rat genehmigte Rechnung im Nachgang noch vom Gemeindeinspektorat geprüft wird – bestätigt, dass die Rechnung 2019 in Ordnung war.

An der Sitzung mit dem Stadtrat wurden folgende Punkte diskutiert: Diverse Fragen zu Beträgen in einzelnen Konten, die teilweise massiven Unterschreitungen bei den Kreditabrechnungen, Stand und Zeitplan des internen Kontrollsystems IKS sowie der Immobilien- und der Finanzstrategie.

Im Namen der Finanzkommission danke ich dem Stadtrat und der gesamten Verwaltung, insbesondere der Abteilung Finanzen unter der Leitung von Stefan Huber. Wir danken für die Offenheit, mit der auf die Anliegen der Finanzkommission eingegangen wurde und mit

der die Fragen beantwortet wurden, und für das verantwortungsbewusste Haushalten. Wir danken auch den Steuerzahlenden von Brugg und wünschen ihnen viel Erfolg, denn ihr Erfolg ist auch der Erfolg der Stadt.

Die Finanzkommission beantragt, den Anträgen des Stadtrats zu folgen und den Rechenschaftsbericht, die Rechnung und die vorliegenden acht Kreditabrechnungen der Einwohnergemeinde Brugg für das Jahr 2020 zu genehmigen.

Herr Yves Gärtner: Die Grünen Brugg sprechen ihren Dank allen am Rechenschaftsbericht und der Rechnung Beteiligten aus. Wir werden den Anträgen zustimmen, möchten aber einige Aspekte hervorheben.

Eigentlich wollte ich mein Votum vom letzten Jahr überarbeiten, die Ausgangslage ist nicht grundsätzlich anders. Aber dann dachte ich, dass mein Votum im Protokoll nachgelesen werden kann. Deshalb wiederhole ich nur ganz kurz die Kernbotschaft: Die Grünen fordern nach wie vor, dass das Vermögen von Brugg in Massnahmen für die Lebensqualität und die Bevölkerung investiert wird.

Doch der Rechenschaftsbericht ist so bemerkenswert, dass es nicht einfach bei den Bemerkungen vom letzten Jahr bleiben kann. Er zeigt, dass für das Jahr 2020 fast durchs Band zu pessimistisch budgetiert worden war. Dabei war das Budget erstellt worden, bevor ein Virus anfang, unsere Gewohnheiten zu verändern. Für einzelne Positionen ist das normal, aber so systematisch, wie dies im Rechnungsjahr der Fall war, ist es für uns ein Zeichen, dass die Angst ums Geld zu stark dominierte. Bemerkenswert sind beispielsweise die folgenden Ausführungen in den Kreditabrechnung: Beim Feuerwehrlokal Umiken wurde bemerkt, dass auch weniger kostspielige Tore ausreichen und dass Architekturleistungen intern erbracht werden können. Beim Archivkonzept des Stadtarchivs stellte man fest, dass es eine weniger teure Dämmung gibt, und bei der Schmutzwasserleitung der Fröhlichstrasse, dass die Sanierung dank einer Ausschreibung günstiger vorgenommen werden konnte. Dass aufgrund der grossen Konkurrenz die Preise im Tiefbau so tief sind, durfte niemand erwarten. Trotzdem sind wir der Ansicht, dass viel zu pessimistisch budgetiert wird. Diese Einschätzung erachten wir als umso wichtiger, als dass der Rat im vergangenen Jahr das Budget ablehnte, weil es angesichts der Corona-Krise kein Sparbudget war. Der Rat beschäftigte die Stadtverwaltung mit dem Auftrag, nach Sparpotenzial zu suchen. Der vorliegende Rechenschaftsbericht zeigt überdeutlich, dass dies der falsche Weg ist. Auf Seite 69 steht bei den Kommentaren zur Geldflussrechnung, dass der Geldfluss aus operativer Tätigkeit – laut Bericht die wichtigste Kennzahl – eine Überdeckung von mehr als 1 Million aufweist, was mehr als einem Viertel der erarbeiteten Mittel entspricht.

Es muss ein Ende damit haben, dass die Stadt Brugg immer weiter Geld scheffelt. Es ist Zeit, zu überlegen, was der Bevölkerung für die rund 7'500 Franken, welche die Stadt pro

Einwohnerin und Einwohner ansammelnde, geboten werden kann. Die Grünen erwarten, dass die Stadt Brugg proaktiver wird, für die Zukunft plant und dafür sorgt, dass die Lebensqualität jetzt und in Zukunft stimmt. Das muss in das Budget und in die Finanzstrategie einfließen, in dem die Stadt auf kurzfristig interessante Beteiligungen verzichtet und dafür sorgt, dass die Anlagen einen positiven Effekt haben.

Herr André Schwarz: Ich spreche im Namen der SVP. Wir danken allen Mitarbeitenden und Entscheidungsträgern der Stadtverwaltung für ihre sehr gute Arbeit im vergangenen Jahr. Auch die SVP wird den Anträgen des Stadtrats zustimmen.

Frau Angelika Curti: Ich spreche im Namen der Mitte. Wir bedanken uns für den informativen Rechenschaftsbericht, den wir jedes Jahr erhalten. Wir nahmen erfreut zur Kenntnis, dass die Rechnung positiver ausfiel als veranschlagt, dies dank der besseren Finanzerträge und der höheren Fiskalerträge. Die Mitte dankt dem Stadtrat für den bedachten Umgang mit den Finanzen und Steuererträgen sowie die sorgfältige Anlage des Vermögens der Stadt. Wir erwarten mit grossem Interesse die Finanzstrategie des Stadtrats, die im Frühherbst vorgelegt werden soll. Es ist der Mitte klar, dass es auf Dauer nicht so weiter gehen kann. Die Stadt Brugg ist auf die Finanzerträge angewiesen, die dank des grossen Vermögens erzielt werden. Wenn das Vermögen abgebaut wird, sinken auch die Finanzerträge, und sie können das strukturelle Defizit aus der betrieblichen Tätigkeit nicht mehr kompensieren. Hier muss etwas geschehen. Für die Mitte müssten die Bemühungen in Richtung Erhöhung der Steuererträge und weniger in Richtung Reduktion des Service Public der Stadt gehen. Die Fraktion machte sich auch einige Gedanken dazu, wie die Steuererträge erhöht werden können. Zum Beispiel müssten vor allem junge, innovative Firmen angesiedelt werden. Wir legen zu einem späteren Zeitpunkt gerne dar, wie wir uns dies vorstellen. Wir danken allen Beteiligten für die Rechnung 2020.

Herr David Hunziker: Auch die SP dankt der Verwaltung und allen weiteren Beteiligten für das erfreuliche Ergebnis und den ausführlichen Rechenschaftsbericht.

Auch wenn das Ergebnis erfreulich ist, stimmt es uns nachdenklich. Die Stadt erzielt seit rund 11 Jahren fast jährlich einen Gewinn. Das Vermögen betrug im Jahr 2010 rund 30 Millionen Franken, heute sind es 97 Millionen. In dieser Zeit, in welcher das Vermögen anwuchs, wurde der Steuerfuss einmal erhöht. Wofür, frage ich mich? Damit sich die Stadt ein noch komfortableres Polster zulegen kann, das schlussendlich nicht angetastet werden darf? Wofür werden jedes Jahr Steuern erhoben? Die SP meint, ähnlich wie die Grünen und die Mitte, damit die Bevölkerung etwas davon hat. Die Stadt soll gut mit dem Geld umgehen, hören wir oft. Offenbar bestehen dazu unterschiedliche Meinungen. Wir sind der Ansicht, das Geld soll

für die Bevölkerung der Stadt eingesetzt werden, für Bildung, Kultur, soziale Sicherheit, Polizei, Feuerwehr, Gesundheit, Verwaltung und all die anderen Aufgaben der Stadt. Es ist Zeit, der Bevölkerung etwas zurückzugeben von den zusätzlichen Einnahmen und Finanzerträgen, die jährlich erzielt werden.

Es stimmt, Investitionen lösen Folgekosten aus, manchmal auch zusätzliche Stellen, die Verwaltung soll ja effizient und gut funktionieren. In einem späteren Traktandum kommen wir zur Erneuerung der Stadtbibliothek. Dafür wird mehr Platz und mehr Personal benötigt. Auf die anfänglichen Investitionen folgen jährliche Kosten. Auch dies ist eine Aufgabe der Stadt, gerade, wenn ihre Attraktivität erhöht werden soll. Der Kunstrasen, über den der Rat bereits einige Male diskutierte, kostet Geld und sorgt für jährliche Ausgaben für Maschinen, für Mitarbeitende, die ihn pflegen, und so weiter. Eine knappe Mehrheit des Rats war der Ansicht, auch dies könnte Aufgabe der Stadt sein. Investitionen ziehen weitere Kosten nach sich, und es braucht eine funktionierende und effiziente Verwaltung.

Wie viel des Vermögens soll unantastbar sein? Vor zehn, elf Jahren lag die Grenze wohl bei 30 Millionen. Verfolge ich die heutige Diskussion, sind es wohl bald 100 Millionen, die nicht mehr angetastet werden dürfen. Können wir mit gutem Gewissen weiter Steuern auf Vorrat von unserer Bevölkerung verlangen? Oder verwenden wir mutig das Polster? Es braucht Mut, denn es besteht durchaus ein Risiko, wenn das Vermögen abgebaut wird. Aber durch Nichtstun wird die Stadt nicht attraktiver für Firmen und Neuzuziehende. Trotz Schwarzmalerei schafft es die Stadt, das Vermögen immer weiter aufzubauen. Für das laufende Jahr wurde gar eine halbe Million weniger budgetiert als vorgeschlagen. Eine Meisterleistung? Ich glaube nicht. Es ist Zeit für eine andere Strategie, Zeit, das Geld der Stadt zu investieren, für die Bevölkerung, für die Entwicklung der Stadt, für die Kultur, für das Leben, und auch für die Unternehmen der Stadt.

Die SP stimmt allen Anträgen zu und ist gespannt auf die Ausführungen zur Finanzstrategie.

Herr Titus Meier: Die FDP dankt dem Stadtrat und vor allem der Verwaltung für die im vergangenen Jahr geleistete Arbeit unter erschwerten Bedingungen. Es wurde gearbeitet, wie wir dem Rechenschaftsbericht entnehmen können. Er gibt Auskunft darüber, womit sich die Verwaltung im vergangenen Jahr auseinandersetzte. Es ist daraus auch ersichtlich, wie sich das Corona-Jahr ausgewirkt hat, beispielsweise im Bereich Todesfälle. Man sieht aber auch, was die Abteilung Bau leistete. Wir erhalten einen sehr guten Einblick, wofür die Steuergelder eingesetzt werden.

Wie ich aber bereits letztes und vorletztes Jahr bemängelte, sagt der Rechenschaftsbericht sehr wenig darüber aus, was die Exekutive getan hat, wie sie die aktuelle Situation einschätzt, an welchen Projekten sie arbeitet, welche Ziele der Legislatur bereits erreicht wurden oder mit welchen Massnahmen die Ziele künftig erreicht werden sollen. Ich hoffe, dass

der Rat künftig dazu mehr Ausführungen erhält, damit besser erkennbar wird, wohin der Stadtrat die Stadt führen will.

Das letzte Jahr war in verschiedener Hinsicht ein ausserordentliches. Wir hatten zum einen die Situation mit Corona, zum anderen ist neu Schinznach-Bad in der Rechnung enthalten, weshalb der Vergleich mit dem Jahr 2019 nicht einfach ist. Wir interessieren uns deshalb mehr für die Finanzstrategie, die der Stadtrat in Aussicht gestellt hat. Mit jeder Verschiebung steigt die Spannung, was sie bringen wird. Wenn ich die vorangegangenen Voten Revue passieren lasse, habe ich den Eindruck, es wird dem Stadtrat nicht gelingen, eine Finanzstrategie zu präsentieren, die allen gefallen wird. Das operative Ergebnis ist nur positiv, weil die Stadt ein Vermögen besitzt, welches Erträge abwirft. Wenn wir aus dem Vermögen Investitionen tätigen – auch die FDP ist für Investitionen – wird dies das Vermögen und damit die Finanzerträge schmälern. Wenn dies nicht gleichzeitig mit höheren Steuererträgen oder noch besseren Finanzerträgen kompensiert werden kann, entsteht ein Problem. Deshalb ist es wichtig, in was investiert wird, was für einen Gegenwert die Stadt erhält und was der Einfluss auf das Budget beziehungsweise das operative Ergebnis ist. Es wurde vorhin die Unantastbarkeit des Vermögens angesprochen. Für uns ist die grosse Frage, wie zum Schluss eine positive Rechnung präsentiert werden kann. Wenn das Vermögen abgebaut wird und die Finanzerträge deshalb sinken, kann der laufende Betrieb irgendwann nicht mehr gedeckt und das Vermögen muss für die laufenden Kosten verwendet werden. Das funktioniert ein paar Jahre, aber irgendwann geht die Rechnung nicht mehr auf. Die FDP ist deshalb sehr gespannt auf die Finanzstrategie und die weiteren Ziele, die der Stadtrat anpackt.

In den vergangenen Jahren schloss die Rechnung immer besser ab als budgetiert. Auch die FDP kritisiert den Stadtrat gelegentlich, aber diesbezüglich müssen wir ihn auch in Schutz nehmen. Gerade die Budgetierung von Steuereinnahmen ist sehr schwierig für die Gemeinden. Der Kanton prognostiziert zu Handen der Gemeinden die Entwicklung, die dann auf dieser Grundlage die Steuereinnahmen budgetieren. Es ist für die Verwaltung schwierig vorherzusehen, wie sich die Steuererträge entwickeln werden.

Das Vermögen der Stadt ist aber auch darauf zurückzuführen, dass einige Projekte gemäss früheren Planungen schon längst hätten realisiert werden sollen. Weil sich die Realisierung verzögerte, verzögerte sich auch der entsprechende Vermögensabbau. Würden alle Projekte, die auf der Wunschliste stehen und die jährlich im Finanzplan aufgeführt sind, realisiert, sähe dies ganz anders aus.

Die FDP dankt dem Stadtrat, der Verwaltung und natürlich den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern, die dieses Ergebnis ermöglichten.

Frau Doris Erhardt: Auch die EVP bedankt sich beim Stadtrat und vor allem bei den Verantwortlichen der Abteilung Finanzen für die saubere Rechnungsführung. Der Rechenschaftsbericht ist immer ein bisschen wie eine Wundertüte und spannend zu lesen.

Wie in den Vorjahren sticht das grosse Minus bei der betrieblichen Tätigkeit heraus. Das Ergebnis ist zwar besser als budgetiert, doch die Höhe des Minus überrascht immer noch, hätte man doch annehmen können, dass viele geplante Ausgaben aufgrund der Pandemie nicht getätigt werden konnten. Auf der anderen Seite wissen wir, dass die gebundenen Kosten wie beispielsweise die Gesundheitskosten immer weiter steigen.

Wir freuen uns über den guten Steuerertrag und über das sehr gute Ergebnis beim Finanzertrag. Ohne diese Einnahmen wäre es schwierig. Auch wir wären froh, wir könnten das Vermögen der Stadt etwas abbauen und zum Wohl der Bevölkerung klug investieren, meine Vorredner brachten bereits Ideen und erwähnten die vorgesehenen Projekte.

Auch über die Kosteneinsparungen bei den Kreditabrechnungen freuen wir uns. Dort ist es vor allem positiv, dass während der Ausführung der Projekte Sparpotenzial erkannt und genutzt wird, obwohl der ursprüngliche Kreditbetrag zur Verfügung steht.

Die EVP wird allen Anträgen zustimmen, und wie alle anderen sind wir gespannt auf die Finanzstrategie.

Herr Peter Haudenschild: Es wurde eine Frage gestellt, die noch nicht beantwortet wurde.

Warum wurde vor ungefähr 10 Jahren der Steuersatz erhöht? Die Antwort ist ganz einfach. Man brauchte Geld für Investitionen.

Ich würde es schätzen, dass, wenn Vorschläge wie «Abbau des Vermögens» gemacht werden, auch die andere Seite erwähnt wird, nämlich, dass der Ausfall der Finanzerträge mit einer Erhöhung der Steuern um 17 % kompensiert werden müsste. Ich bitte darum, beide Seiten der Medaille zu erwähnen.

Damit ist die Diskussion erschöpft.

In der Abstimmung wird dem Antrag 1 des Stadtrats:

«Den vorstehenden Rechenschaftsbericht für das Jahr 2020 zu genehmigen.»

ohne Gegenstimme zugestimmt.

Dem Antrag 2:

«Die nachstehende Rechnung für das Jahr 2020 zu genehmigen.»

wird ohne Gegenstimme zugestimmt.

Den Anträgen 3a bis 3h:

«Die vorstehenden Kreditabrechnungen zu genehmigen, namentlich

- a) Kredit Reaktivierung des ‹Feuerwehrlokals in Umiken›
- b) Planungskredit ‹Revision Nutzungsplanung Schinznach-Bad›
- c) Kredit ‹Massnahmen für die Umsetzung des Archivkonzepts des Stadtarchivs›
- d) Baukredit ‹Sanierung der Schmutzwasserleitung in der Schöneggstrasse›
- e) Dekretsbeitrag ‹Sanierung der Lichtsignalanlage am Bahnhofplatz›
- f) Kredit ‹Verlängerung Vorsortierung Zurzacherstrasse als Massnahme des Verkehrsmanagements›
- g) Baukredit ‹Erneuerung der Fröhlichstrasse im Bereich des Gesundheitszentrums›
- h) Baukredit ‹Sanierung der Schmutzwasserleitung in der Fröhlichstrasse im Bereich des Gesundheitszentrums›

wird ohne Gegenstimme zugestimmt.

Herr Vizeammann Dr. Leo Geissmann: Gerne informiere ich den Rat über den Stand der Arbeiten des Stadtrats an der Finanzstrategie.

Zunächst ein kurzer Rückblick. Der Stadtrat entschied, die Finanzstrategie mit einer externen Begleitung zu erarbeiten, und holte dazu drei Offerten ein. In der Folge beauftragte der Stadtrat Herrn Dr. Urs Müller von der Firma ikonomix in Basel mit der Begleitung. Herr Dr. Müller hatte unter anderem den Kanton Aargau und die Stadt Aarau in Projekten betreffend Finanzstrategie und Schuldenbremse begleitet.

Herr Dr. Müller erstellte in einem ersten Schritt eine Analyse der Finanzlage der Stadt Brugg. In einem zweiten Schritt erarbeitete der Stadtrat im März 2021 in einem Workshop unter der Führung von Herrn Dr. Müller die grundlegenden Elemente der Finanzstrategie. Die Resultate dieses Workshops wurden von Herrn Dr. Müller in einem Bericht zusammengefasst und mit seinen Empfehlungen zur Umsetzung ergänzt.

Das Fazit der Analyse sieht wie folgt aus:

- Die Ertragsrechnung stand bis anhin auf recht stabilen Beinen.
- In der betrieblichen Rechnung fällt das hohe Wachstum des Aufwands von durchschnittlich 3,6 % auf.
- Der Fiskalertrag ist etwas schwächer gewachsen. Das ist auch der Grund dafür, dass der betriebliche Aufwand immer weniger gedeckt ist.
- Die Investitionen ins Verwaltungsvermögen sind in den letzten Jahren brutto und netto tendenziell gefallen. Das ist ein Grund dafür, dass das Nettovermögen ansteigt. Herr Dr. Müller stellte im Investitionsbereich klar ein Defizit fest.
- Die Finanzierungsrechnung schloss in der letzten Dekade insgesamt erfreulich ab. Dies als Gegenstück zu den fehlenden Investitionen.
- Die Bilanz ist von der Struktur und von der Dynamik her und auch im Vergleich mit anderen Städten als sehr gesund zu beurteilen.
- Ein Blick in die Finanzplanung bis 2026 zeigt ein deutlich düstereres Bild.

In seiner Analyse listete Herr Dr. Müller auch die Stärken und Schwächen der Brugger Finanzen auf. Als Stärken werden benannt: Gesunde Bilanz mit hohem Eigenkapital, tiefem Fremdkapital und hohem Nettovermögen. Zu den Schwächen zählen: Hohes Kostenwachstum, unterdurchschnittliche Ertragskraft vor allem beim fiskalischen Ressourcenpotenzial, Nachholbedarf bei den Investitionen ins Verwaltungsvermögen.

Der Bericht von Herrn Dr. Müller skizziert eine mögliche Definition und Umsetzung einer Finanzstrategie mit Massnahmen. Im Hinblick auf die Festlegung der konkreten Massnahmen will der Stadtrat in einem nächsten Schritt im aktualisierten Investitionsprogramm diejenigen Projekte identifizieren, die in den kommenden Jahren zu einem substantziellen Abbau des Nettovermögens führen werden. Danach werden das Budget 2022 und der Finanzplan 2022 Folgende erstellt.

Herr Dr. Müller machte weiter einige Vorschläge zu langfristigen strategischen Zielen für Brugg. Der Stadtrat nahm diese Vorschläge zur Kenntnis, fasste aber noch keinen Entscheid dazu, wie er die Finanzstrategie im Detail ausgestalten will. Herr Dr. Müller schlägt folgende langfristigen strategischen Ziele vor:

1. Für neue Aufgaben und/oder Investitionen soll genügend finanzieller Spielraum erhalten bleiben.
2. Eigenkapital und Nettovermögen dürfen nicht unter einen gewissen Wert sinken. Um dies zu erreichen schlägt Herr Dr. Müller eine sogenannte «Defizitbremse» vor. Sie leitet sich von der Schuldenbremse ab, zielt aber auf das Defizit in der Erfolgsrechnung ab. Als formale Massnahme soll also eine solche Defizitbremse definiert werden. Sie soll sicherstellen, dass die langfristigen strategischen Ziele zum Eigenkapital und zum

Nettovermögen auch effektiv erreicht werden. Konkret beinhaltet die Defizitbremse Vorgaben wie beispielsweise, dass sowohl das Gesamtergebnis der Erfolgsrechnung als auch das Ergebnis der Finanzierungsrechnung mittelfristig positiv sein müssen. Es wäre also durchaus einmal ein negatives Ergebnis möglich, mittelfristig muss dies aber ausgeglichen werden.

Ein weiterer Bereich berücksichtigt die Schwankungen. Dafür schlägt Herr Dr. Müller den Aufbau von Puffern vor. Innerhalb von diesen Puffern müsste der Ausgleich stattfinden. Sanktionen wären für den Fall vorgesehen, dass die Puffer aufgebraucht sind. Auch eine Ausnahmeregel wäre vorzusehen, konkret die Möglichkeit für den Einwohnerrat, von diesen Vorgaben abzuweichen, wobei ein härteres Kriterium wie beispielsweise eine Zweidrittels-Mehrheit notwendig wäre. Das würde allenfalls eine Änderung des Geschäftsreglements des Einwohnerrats und der Gemeindeordnung bedeuten.

3. Als drittes strategisches Ziel schlägt Herr Dr. Müller vor, die Steuerbelastung relativ moderat zu halten. Der Steuerfuss für die natürlichen Personen der Stadt Brugg soll nicht höher liegen als der ungewichtete arithmetische Mittelwert einer Gruppe relevanter Aargauer Konkurrenzgemeinden, die wie Brugg eine gute Infrastruktur und eine gute Zugverbindung nach Zürich aufweisen. Beispiele solcher Gemeinden wären Aarau, Baden, Lenzburg, Spreitenbach, Wettingen und Windisch.

Der Stadtrat wird nun die Finalisierung der Finanzstrategie angehen und das Budget 2022 sowie den Finanzplan soweit als möglich auf die Finanzstrategie abstimmen. Der Stadtrat beabsichtigt, dem Rat die Finanzstrategie an der Budgetsitzung im Herbst 2021 zu präsentieren. Eine vorgängige Vernehmlassung ist aus zeitlichen Gründen leider nicht mehr möglich. Durch die Budgetüberarbeitung im vergangenen Dezember und durch meine zwischenzeitliche Abwesenheit ging Zeit verloren, die nun fehlt. Es ist vorgesehen, die politische Diskussion nach der Präsentation der Finanzstrategie zu führen. Der Stadtrat wird seine Strategie auf Basis dieser Diskussion aktualisieren und das Budget 2023 sowie den Finanzplan 2023 und Folgejahre auf die angepasste Finanzstrategie ausrichten.

### Traktandum 3: Jahresbericht 2020 über die «Wirkungsorientierte Verwaltungsführung bei der Feuerwehr»

---

Frau Stadtmann Barbara Horlacher: Dem vorliegenden Jahresbericht 2020 kann entnommen werden, dass die Feuerwehr Brugg im letzten Jahr 111 Ereignisse erfolgreich bewältigte. Finanziell schloss das Jahr bei den Gesamtkosten mit einer Budgetüberschreitung von 20'815.– Franken ab. Der ereignisbedingte Nettoaufwand liegt mit 28'469.– Franken über dem budgetierten Wert. Gemäss Vereinbarung mit dem Feuerwehrkommando wurde dieser Mehraufwand aus dem Rücklagefonds des WOV-Globalbudgets entnommen. Damit beläuft sich der Rücklagefonds per 31. Dezember 2020 auf Fr. 75'245.52.

Die Angehörigen der Feuerwehr leisten vom Kommando über das Kader bis zur Mannschaft hervorragende Arbeit für die Bevölkerung von Brugg und Riniken. Dafür danke ich allen im Namen des Stadtrats herzlich. Das letzte Jahr war das erste unter dem Kommando von Manuel Keller und Pascal Schneider. Es war ein herausforderndes Jahr, einerseits, weil Schinznach-Bad in die Feuerwehr integriert werden musste, andererseits, weil die Feuerwehr mit den Einschränkungen und den besonderen Auflagen durch Corona umgehen musste. Die Feuerwehr hat dies mit Bravour gemeistert. Dies zeigt einmal mehr, wie gut und professionell unsere Feuerwehr organisiert ist und arbeitet.

Mein Dank gilt aber auch den Kolleginnen und Kollegen der Controlling-Kommission und allen mit der Feuerwehr befassten Verwaltungsabteilungen der Stadt, allen voran den beiden festangestellten Mitarbeitern der Feuerwehr und Judith Waldmeier von der Abteilung Finanzen. Ein Dank geht wie jedes Jahr auch an unsere Partnergemeinde Riniken, mit der wir seit Jahren eine vertrauensvolle und sehr gute Zusammenarbeit pflegen.

Der Stadtrat strebt im Bereich Feuerwehr die Zusammenarbeit mit der Gemeinde Villnachern an. Gestern Abend stimmte die Gemeindeversammlung Villnachern dem Zusammenarbeitsvertrag der beiden Feuerwehren zu, was für beide Seiten erfreulich ist. Die Feuerwehr Brugg kann dadurch neue, motivierte Personen rekrutieren. Zudem können die anfallenden Kosten mit einer weiteren Gemeinde geteilt werden, wodurch die Rechnung der Stadt Brugg künftig um rund 100'000 Franken entlastet wird.

Ich bitte den Rat, dem Jahresbericht 2020 über die «Wirkungsorientierte Verwaltungsführung bei der Feuerwehr» zustimmend zur Kenntnis zu nehmen, und ich danke für das Wohlwollen und die Wertschätzung gegenüber der Feuerwehr.

Herr Roland Leupi: Ich spreche im Namen der FDP. Wir danken für den detaillierten und gut verständlichen Bericht und nehmen ihn zustimmend zur Kenntnis.

Das Jahr 2020 brachte für die Feuerwehr zwei grosse Herausforderungen, Frau Stadtmann Barbara Horlacher riss sie in ihrem Votum kurz an. Zum einen war dies die Covid-19-Pandemie. Die Feuerwehr musste ihre Einsatzfähigkeit um jeden Preis sicherstellen. Um zu vermeiden, dass sich Angehörige der Feuerwehr bei den Einsätzen oder bei Übungen gegenseitig anstecken, mussten diverse Massnahmen ergriffen werden. Viele Übungen mussten gesplittet und mehrfach in kleinen Gruppen durchgeführt werden, was den Aufwand deutlich erhöhte. Zeitweise musste der Übungsbetrieb ganz eingestellt werden.

Zum anderen war es die neue Einsatz-Situation durch die Integration von Schinznach-Bad. Es ist keine einfache Aufgabe, die Alarmierung so zu organisieren, dass möglichst nicht zu viel, sicher aber nicht zu wenig Personal bei einem Alarm einrückt. Es braucht einige Zeit, um dazu genügend Erfahrungswerte zu sammeln. Bis man diese Erfahrung hat, muss man auf der sicheren Seite bleiben. Aber auch hier hatte Covid-19 einen Einfluss. Wegen Home Office waren mehr Angehörige der Feuerwehr als üblich tagsüber zu Hause, so dass bei Alarm mehr Personen als normal einrückten. Dies führte zu höheren Einsatzkosten.

Wir bedanken uns bei allen Angehörigen der Feuerwehr für den grossen Einsatz und den umsichtigen Umgang mit den speziellen Problemen, die das vergangene Jahr mit sich brachte.

Frau Cécile Monnard-Reichlin: Ich spreche im Namen der Mitte. Wir danken für den detaillierten und gut verständlichen Jahresbericht und nehmen gerne zur Kenntnis, dass die leistungsbezogenen Sollziele weitgehend erreicht wurden. Vor allem danken wir allen Angehörigen der Feuerwehr für ihren unermüdlichen Einsatz zugunsten der Sicherheit der Bevölkerung in Brugg und in Riniken. Ihr Engagement ist alles andere als selbstverständlich. Dies umso mehr, als die Angehörigen der Feuerwehr die Leistungen freiwillig und neben Beruf und Familie erbringen. Unser Dank geht ausserdem an die Controlling-Kommission und an alle mit der Feuerwehr befassten Verwaltungsabteilungen der Stadt.

Die Mitte nimmt den Bericht zustimmend zur Kenntnis.

Damit ist die Diskussion erschöpft.

In der Abstimmung wird dem Antrag des Stadtrats:

«Sie wollen dem Jahresbericht 2020 über die «Wirkungsorientierte Verwaltungsführung bei der Feuerwehr» zustimmend zur Kenntnis nehmen.»

ohne Gegenstimme zugestimmt.

## Traktandum 4: Neue Führungsstruktur Volksschule Brugg

---

Herr Stadtrat Dr. Willi Däpp: An der Informationsveranstaltung vom 7. Mai 2021 konnten die Details der Vorlage besprochen und die spezifischen Fragen beantwortet werden. Anwesend waren fast alle Fraktionen und die gesamte Arbeitsgruppe.

Die Abstimmung über die Abschaffung der Schulpflege fand im September 2020 statt. Unmittelbar nach dieser Abstimmung wurde die Arbeitsgruppe eingesetzt. In dieser waren alle von der Überführung der Schule in die neuen Führungsstrukturen betroffenen Personen vertreten, und natürlich wurde auch das Knowhow der Schulpflege genutzt. Konkret bestand die Arbeitsgruppe aus Mitgliedern der Schulpflege, der Gesamtschulleitung, dem Musikschulleiter Jürg Moser, dem Stadtschreiber Matthias Guggisberg und einer Zweiervertretung des Stadtrats, Herrn Stadtrat Jürg Baur und mir. Die Arbeitsgruppe erstellte Zwischenberichte, die dem Stadtrat unterbreitet wurden, die sie und die nächsten Schritte genehmigte. Die Arbeiten wurden zügig vorangetrieben, da es der Arbeitsgruppe wichtig war, die Vorlage an der heutigen Sitzung präsentieren zu können, denn die Umsetzung der entwickelten Strukturen erfordert ebenfalls Zeit.

Dem Rat liegen alle Unterlagen vor, auch die Powerpoint-Präsentation wurde den Ratsmitgliedern zugestellt. An der Informationsveranstaltung wurden die wesentlichen Punkte dieser komplexen Vorlage mit sich überlagernden Elementen erklärt. In der Powerpoint-Präsentation sind die wichtigsten Merkmale der Vorlage zusammengefasst, die ich nun gerne noch einmal kurz ausführe. Der Stadtrat ist verantwortlich für die strategische Führung der Schule. Zudem muss er Funktionen übernehmen, die ihm per Gesetz übertragen werden und die er nicht delegieren kann. Es war der Arbeitsgruppe und dem Stadtrat wichtig, die Kompetenzen möglichst nahe bei den Personen mit den besten Fachkenntnissen anzusiedeln, damit sie die notwendigen Entscheide fällen können. Mit der vorgestellten Kompetenzregelung wird dies umgesetzt. Auf die Einsetzung einer permanenten Schulkommission wird aus verschiedenen Gründen, unter anderem wegen der eher negativen Erfahrungen anderer Gemeinden, verzichtet. Es ist aber jederzeit möglich, eine ad hoc-Kommission einzusetzen. Die Volksschule wird neu als Abteilung der Stadtverwaltung analog beispielsweise der Abteilung Planung und Bau oder der Abteilung Finanzen geführt. Sie untersteht dem Ressortvorsteher oder der Ressortvorsteherin Bildung. Die Musikschule wurde früher von einer Musikschulkommission geführt und später der Schulpflege unterstellt. Neu untersteht sie der Gesamtschulleitung beziehungsweise dem Gesamtschulleiter als Abteilungsleiter Volksschule. Damit ist die Musikschule den verschiedenen Schulanlagen und ihr Leiter den jeweiligen Schulleitungen gleichgestellt.

Für die Umsetzung der neuen Führungsstruktur ist die Schaffung neuer Stellen notwendig. Es braucht unter anderem eine pädagogische Fachstelle mit einem Pensum von 60 %, wovon 30 % durch den Kanton und 30 % durch die Stadt finanziert werden. Dieses Modell wurde in der Schulleitungskonferenz diskutiert und ausgearbeitet. Es ist mir sehr wichtig festzuhalten, dass die Lösung, die dem Rat heute Abend präsentiert wird, von allen Betroffenen getragen wird. Aus der Organisationspsychologie ist bekannt, dass Betroffene einbezogen und der Lösung zustimmen müssen, damit sie tragfähig ist. Das ist mit der vorgestellten Lösung erreicht. Weiter sind zusätzliche Stellenprozente im Umfang von 80 % für die Schulverwaltung vorgeschlagen, was einer Erhöhung von gesamthaft 260 % auf 340 % entspricht. Gemäss den Empfehlungen des Verbands Schulverwaltungen Aargau/Solothurn wäre ein deutlich höheres Pensum notwendig. Der Gesamtschulleiter ist jedoch der Ansicht, dass die Aufgaben mit den vorgesehenen 340 % erfüllt werden können. Die Schaffung der zusätzlichen Stellenprozente verursacht wiederkehrende Kosten im Umfang von 123'000.– Franken pro Jahr und einmalige Kosten für die Einrichtung der Arbeitsplätze von 15'000.– Franken. Durch die Abschaffung der Schulpflege werden verschiedene finanzielle Mittel frei. Sie sind in der Vorlage aufgeführt, insgesamt sind es 131'000.– Franken. Damit ist die Überführung der aktuellen Struktur in die neue Führungsstruktur in etwa kostenneutral.

Die Abschaffung der Schulpflege führt Anpassungen der rechtlichen Grundlagen mit sich. So muss das Reglement über die Musikschule revidiert werden. Das Musikschulreglement fällt in die Kompetenz des Einwohnerrats, weshalb der Rat über die Revision entscheiden muss. Die aktuell vorgenommenen Anpassungen sind jedoch nur formeller Natur und beinhalten lediglich die Ablösung der Schulpflege und die Neuregelung ihrer Zuständigkeiten und Kompetenzen. Da keine materiellen Veränderungen vorgenommen wurden, verzichte ich auf eine detaillierte Präsentation und Diskussion jeder Änderung.

Änderungen der Gemeindeordnung müssen dem Stimmvolk zum Entscheid vorgelegt werden. Würden die Änderungen der Gemeindeordnung heute Abend im Rat zur Abstimmung gebracht werden, müsste in der Folge eine Urnenabstimmung durchgeführt werden. Dabei ist es unerheblich, dass es sich bei der Anpassung lediglich um den Nachvollzug des Entscheids der Aargauer Stimmbevölkerung zur Abschaffung der Schulpflege in den kommunalen Rechtsgrundlagen handelt. Die Durchführung einer Urnenabstimmung erschien dem Stadtrat unter diesen Umständen unverhältnismässig. Deshalb soll diese Anpassung der Gemeindeordnung dem Rat und dem Stimmvolk zusammen mit einer allfälligen künftigen Änderung vorgelegt werden. Da das kantonale Recht das kommunale bricht, ist es unwesentlich, wenn die Schulpflege in der Gemeindeordnung von Brugg weiterhin erwähnt wird. Die Kompetenzdelegation ist Sache des Stadtrats, sie wurde dem Rat der Vollständigkeit halber zur Kenntnisnahme beigelegt.

Dem Rat werden heute Abend die kostenneutralen Pensenerhöhungen der Schulverwaltung um 80 % und der Schulleitung um 30 % sowie die Änderung des Musikschulreglements zum Beschluss vorgelegt.

Gemäss Gemeindegesetz fällt die Organisation der Verwaltung in die Zuständigkeit des Stadtrats. Der Einwohnerrat hat die Kompetenz, über die finanziellen Angelegenheiten zu entscheiden. Der Stadtrat erachtete es aber als wichtig, dem Rat die Änderungen aufzuzeigen, damit die beantragten Stellenpensen nachvollzogen werden können.

Der Stadtrat bittet den Rat, den beiden Anträgen zuzustimmen, damit die Umsetzung zügig an die Hand genommen werden kann.

An dieser Stelle danke ich allen Beteiligten der Arbeitsgruppe herzlich für die aktive Mitarbeit. Einige sind heute Abend anwesend, und sie sind sehr interessiert zu hören, wie sich der Rat zu den Vorschlägen äussert.

Herr Miro Barp: Ich spreche im Namen der SVP. Ziel der Abschaffung der Schulpflege war keine Sparübung, sondern eine Verbesserung der Führungsstruktur der Schulen. An diesem Ziel müssen der vorliegende Bericht und die Anträge gemessen werden. Das vorgeschlagene Konzept erfüllt die Anforderungen leider nur teilweise. Deshalb kann es in der vorliegenden Form sicher nicht übernommen werden. Wir anerkennen, dass der Bericht in einigen Bereichen in die richtige Richtung geht, und das freut uns auch. Es wird darauf verzichtet, eine schwerfällige Schulkommission zu schaffen, die Musikschule wird in die Gesamtschule integriert und die operativen Geschäfte werden, soweit es zulässig ist, der Gesamtschulleitung delegiert. So weit, so gut.

Nun aber zu den Schwachpunkten des Berichts. Erstens: Der Gesamtschulleitung sind neun Schulleitungen mit zum Teil minimalen Pensen unterstellt. Ausser den Schulleitungen Stapper und Au-Erle gibt es keine Schulleitung mit einem Pensum von über 50 %. Diese Führungsspanne ist zu gross und lässt keine effiziente Führung zu. Dazu kommt, dass die Leitung der Musikschule aus dem Organigramm nicht ersichtlich ist. Zweitens: Die pädagogische Fachstelle ist ein inhaltliches Unding. Die Schule wird ausschliesslich von pädagogisch geschulten Personen und entsprechend fachlich kompetenten Personen geführt. Es wird niemand auf die Idee kommen, in einem Spital eine medizinische Fachstelle einzurichten, das macht keinen Sinn. Auch in ein Architekturbüro wird niemand eine Architekturfachstelle integrieren, das macht ebenfalls keinen Sinn. Die Aufgaben, die dieser Fachstelle zugeordnet werden sollen, müssen die Lehrpersonen und die Führungspersonen wahrnehmen, sie sind dafür da. Es handelt sich dabei um disziplinarische Probleme mit Schülerinnen und Schülern, um Kontakte mit Behörden wie beispielsweise der KESB oder Laufbahnentscheide. Das muss in die Linienverantwortung fallen, das kann doch keine Stabsstelle übernehmen. Und drittens: Wenn die Stellenpensen der Schulverwaltung der Zahl der Schülerinnen

und Schüler angepasst wird, hat dies nichts mit der Führungsstruktur zu tun und gehört nicht in diesen Bericht.

Aus folgenden Gründen stellen wir deshalb einen Rückweisungsantrag. Erstens: Die Zahl der Schulleitungen ist zu reduzieren und mit entsprechend höheren Pensen auszustatten. Unter Berücksichtigung der Musikschule verbleiben ungefähr sechs Führungspersonen, die der Gesamtschulleiter führen muss. Das ist fachlich in Ordnung, alles andere ist zu viel, zumal der Gesamtschulleiter ja auch noch die Schulverwaltung führt. Die Führungsspannweite wäre so sicher stimmiger. Zweitens: Auf die Schaffung der pädagogischen Fachstelle ist zu verzichten. Die dafür vorgesehenen finanziellen Mittel und Pensen sollen in die Schulleitungen, also in die Führung, investiert und vor allem auch zusammengelegt werden. Es kann nicht sein, dass die Schulleitungen Pensen von 30 %, 40 % oder 50 % haben, das funktioniert in der heutigen Zeit nicht mehr. Zuoberst steht der Auftrag, den der Gesamtschulleiter, die Schulleitungen und die Lehrerschaft erfüllen müssen. Darunter angeordnet ist die Rolle, die jede Person mit ihrem Fachwissen und ihrer Persönlichkeit einnimmt. Auch steht jede und jeder tagtäglich in Kontakt mit verschiedenen anderen Personen. Diese Beziehungen und die Pflege dieser Schnittstellen sind sehr wichtig, kosten aber Stellenprozente. Dabei müssen diese Personen unterstützt und gefördert werden. So, dass das ganze System nach oben und nach unten geschützt und gestützt wird. Also muss in die Führungspersonen investiert werden und nicht in irgendeine Stabsstelle, die die Führungspersonen auch noch Substanz kostet. Drittens gehören in den Bericht nur Pensenerhöhungen, die aufgrund der Abschaffung der Schulpflege notwendig werden.

Die Präsidentin: Es wurde Antrag auf Rückweisung des Geschäfts gestellt. Es wird nun über die Rückweisung diskutiert.

Frau Colette Degrandi: Die angedachte pädagogische Fachstelle soll zum Teil Aufgaben der Schulpflege übernehmen, vor allem Laufbahnentscheide. Dabei geht es nicht nur darum, Ja oder Nein zu sagen, sondern immer auch darum, Fakten einzuholen und Material zu besorgen, um eine Grundlage für die Entscheidung zu haben. Andere Aufgaben sind schulübergreifend. So sollten zum Beispiel Kindergarten-Lehrpersonen über die ganze Stadt geführt werden, gleiches gilt für Logopädinnen und Logopäden und Heilpädagoginnen und Heilpädagogen. Diese Berufsgruppen sollten nicht ausschliesslich im einzelnen Schulhaus betreut, sondern ganzheitlich geführt werden. Das sind ein paar Beispiele, warum das vorgeschlagene Organigramm durchaus Sinn macht.

Ich bitte den Rat, dem Rückweisungsantrag nicht zuzustimmen.

Frau Barbara Geissmann: Ich spreche im Namen der Mitte. Auch wir sind gegen die Rückweisung. Wir erachten die Kompetenzregelungen und das Organisationsmodell, insbesondere mit der pädagogischen Fachstelle, als sehr überzeugend. Wir erachten es ebenfalls als sinnvoll, im Zuge der ganzen Umstrukturierung der Führungsstruktur Volksschule Brugg auch die nötigen Ressourcen sprich Stellenprozente zu sprechen.

Herr Stadtrat Dr. Willi Däpp: Ich betonte in meinem Eingangsvotum, dass wir eine Lösung mit der aktiven Teilnahme aller Beteiligten, die die grösste Kompetenz mitbringen, ausarbeiten. Es waren Mitglieder der Schulpflege dabei, die das Geschäft kennen und die bis jetzt all diese Aufgaben wahrnahmen. Es ist für mich ein Rätsel, wie Aussenstehende besser wissen wollen, was die geeignete Struktur ist, als jene, die sehr viel Erfahrung in diesem Bereich mitbringen und die dann auch in diesen Strukturen arbeiten müssen.

Die vorgeschlagenen Strukturen sind gut durchdacht, aber der Praxistest steht noch bevor. Es ist uns durchaus bewusst, dass die praktische Umsetzung Anpassungen notwendig machen kann. Aber wie man ohne Kenntnis der inneren Situation einen solchen Vorschlag machen kann, ist mir ein Rätsel.

Ich möchte noch etwas anderes anmerken. Der Rat wünscht Partizipation, Information und Aufklärung. Wir führten eine Informationsveranstaltung durch, an der Mitglieder aller Fraktionen teilnahmen. Sie konnten Fragen stellen, und die ganze Arbeitsgruppe war zur Beantwortung anwesend. Aber ausgerechnet die Fraktion, die heute einen Rückweisungsantrag stellt, befand eine Teilnahme an diesem Anlass für unnötig. Das macht mir – das ist eine persönliche Bemerkung – Mühe. Wir hörten nie etwas, es kam nie eine Anfrage. Was stellt man sich unter einer verantwortungsbewussten Partizipation vor? Ich hätte mir gewünscht, solche Inputs wären früher gekommen, wir wären offen gewesen für eine Diskussion und hätten die Argumente aufgenommen. Aber so fehlt mir das Verständnis.

Der Stadtrat legt das Geschäft heute vor, damit Zeit für die Umsetzung bleibt. Sollte der Rückweisungsantrag angenommen werden, müsste eine neue Vorlage ausgearbeitet und dem Rat zum Entscheid unterbreitet werden. Dadurch wird die Zeit für die Umsetzung knapp. Zudem scheint sich nach meinem Verständnis der Rückweisungsantrag nicht gegen die Pensen, sondern gegen die Struktur zu richten. Da wäre es zu überlegen, wie weit diesbezüglich die Kompetenzen des Rats gehen.

Ich bitte den Rat, den Rückweisungsantrag abzulehnen.

Herr Reto Bertschi: Ich spreche einerseits im Namen der SP, andererseits aber auch als Mitglied der Schulpflege und als Mitglied der Arbeitsgruppe, die sich lange mit diesem Thema beschäftigte. Ich staune sehr über die Argumente der SVP. Etwa die Begründung, die Füh-

rungsspanne sei mit neun Unterstellten zu gross. Es gibt viele Studien, die eine Führungsspanne von acht bis zehn Personen als ideal bezeichnen.

Für die pädagogische Fachstelle wird eine Person angestellt, die die Gesamtschulleitung entlastet und Aufgaben der Schulpflege wie zum Beispiel Abklärungen für die bereits erwähnten Laufbahnentscheide übernimmt. Die Entscheide fällt entweder die Gesamtschulleitung oder, wenn das Gesetz dies so vorsieht, der Stadtrat, aber sie müssen von einer Fachperson vorbereitet werden.

In der Stadt Brugg gibt es rund 100 Kinder, die Sonderschulmassnahmen benötigen, also in einer Tagesschule, einem Heim oder einer anderen Einrichtung platziert sind. Das es ist sehr aufwändig: Es muss ein Platz gesucht, die Institution besucht, an Standortgesprächen teilgenommen und das weitere Vorgehen beraten werden und so weiter. Für die Wahrnehmung dieser Aufgaben benötigt es eine pädagogische Ausbildung, das kann nicht einfach irgendjemand machen.

Ich bitte den Rat, den Rückweisungsantrag abzulehnen.

Herr Miro Barp: Man muss eingestehen, dass Führungspersonen eine andere Sicht auf ein Thema haben. Und wenn man halt an einer Veranstaltung mal nicht dabei ist, muss man dies ebenfalls eingestehen, dafür wurden entsprechende Unterlagen verschickt. Wenn die Dokumente, die verschickt wurden, nicht ausreichen und nicht alles enthalten ist, was hineingehört, muss sich der Stadtrat selbst an der Nase nehmen und nicht nur austeilen. Ich bin gerne bereit, die Diskussion zu führen, wir werden uns bestimmt finden.

Das Problem entstand, als ich heute Nachmittag von der Ratspräsidentin erfuhr, dass ich keinen Änderungsantrag einbringen kann, das funktioniert bei diesem Geschäft nicht. Ich wollte nicht alles wegwischen, sondern einzelne Punkte noch einmal zur Diskussion stellen, aber das ging nicht. Das haben wir heute Nachmittag geklärt, und ich habe es auch verstanden. Deshalb ist der Rückweisungsantrag entstanden. Wir können das jetzt noch einmal ausdiskutieren, aber es kann doch nicht sein, dass man Personen mit einem Pensum von 30 % oder 40 % für die Leitung einer ganzen Schule anstellt. Das ist doch heute nicht mehr zeitgemäss. Es braucht Diskussionen und Sitzungen, die die Schulleitung führen muss, und die sehr viel Zeit beanspruchen. So ist die Schulleitung gar nie an der Basis, um zu schauen, wie es den Lehrpersonen geht. Das reicht doch einfach nicht.

Ich bitte den Rat, der Rückweisung zuzustimmen.

In der Abstimmung wird der Rückweisungsantrag der SVP mit 8 Ja zu 38 Nein abgelehnt.

Frau Barbara Geissmann: Ich spreche im Namen der Mitte. Als erstes danke ich allen Beteiligten der Arbeitsgruppe für die Erarbeitung dieser – und das nehme ich jetzt vorweg – unse-

res Erachtens überzeugenden Vorlage und der Stadt für die Organisation des sehr informativen Anlasses im Salzhaus. Die Mitte schätzt diese offene Informationskultur sehr. An dieser Stelle ergreife ich aber auch die Gelegenheit, der Schulpflege unseren Dank auszusprechen für die jahrelange sorgfältige und engagierte Arbeit zum Wohl der Schule Brugg mitsamt allen Lehrpersonen, Schülerinnen und Schülern.

Die Ausgangslage ist klar: Auf den Beginn des neuen Kalenderjahres wird die Schulpflege aufgelöst und die strategische Führung der Volksschule Brugg der Exekutive übertragen. Aus diesem Anlass entstand die heutige Vorlage mit der neuen Kompetenzregelung und einem neuen Organisationsmodell. Die Mitte Brugg begrüsst die Schaffung einer neuen Verwaltungsabteilung «Volksschule», die alle Kompetenzen erhält, die von Rechts wegen erlaubt sind. Dies bedeutet nichts anderes, als dass die Entscheidungen und die Arbeit dafür von den Fachexperten getroffen und verrichtet werden. Das wiederum ist in unseren Augen elementar für eine qualitativ hochstehende Schule und eine effiziente Schulverwaltung. Das vorliegende Organisationsmodell mit einer zusätzlichen pädagogischen Fachstelle überzeugt uns. Wir hoffen natürlich, dass sie sich auch im Alltag bewährt, sind diesbezüglich aber züversichtlich. Die eigentlich längst fällige Erhöhung der Stellenprozente in der Schulverwaltung heissen wir gut, gleichzeitig sind wir sehr erfreut, dass die Schule Brugg offenbar schon so effizient arbeitet, dass weit weniger als die vom Kanton empfohlenen 448 Stellenprozente benötigt werden.

Dies führt im Endeffekt zu einer überzeugenden und trotzdem kostenneutralen Umstrukturierung der Führungsstruktur der Volksschule Brugg. Die Mitte stimmt Antrag 1 zu.

Wir stimmen auch Antrag 2 zu, denn wir erachten es als sinnvoll, die Musikschule in die Abteilung Volksschule zu integrieren und der Gesamtschulleitung zu unterstellen. Die entsprechenden Reglementsänderungen sind deshalb Formsache.

Frau Doris Erhardt: Die EVP ist mit dem Antrag des Stadtrats zur Führungsstruktur Volksschule grundsätzlich einverstanden.

Als es letztes Jahr um die Abschaffung der Schulpflege ging, hiess es von den Befürworterinnen und Befürwortern oft, es ginge ohne die Schulpflege günstiger und einfacher beziehungsweise die Abschaffung erlaube kürzere Entscheidungswege. Günstiger ist der Vorschlag des Stadtrats allerdings nicht, sind doch die in der Vorlage erwähnten Kosten etwas geschönt. So ist beispielsweise die Kompetenzsumme in den vergangenen Jahren gar nie ausgeschöpft worden. Der Stadtrat selbst übernimmt auch nur 10 % der Aufgaben der Schulpflege und delegiert den Rest an die Schulleitung, weshalb es offenbar auch diese Fachstelle Pädagogik braucht, von der 30 % durch die Stadt bezahlt werden. Eigentlich bezahlen wir mit unseren Steuern auch die anderen 30 % mit, die vom Kanton ausgerichtet werden.

In einem Punkt muss ich der SVP zustimmen. Die Erhöhung der Stellenpensen der Schulverwaltung um 80 % hätte nicht in dieser Vorlage behandelt werden müssen, man hätte dafür gut ein separates Geschäft vorlegen können.

Die EVP wird der Pensenerhöhung für die Schulverwaltung und der pädagogischen Fachstelle zur Stärkung der Schulleitung zustimmen. Wir sind überzeugt, dass die bessere Erreichbarkeit einer solchen Fachstelle, die etwa 60 % der Zeit anwesend sein wird, gegenüber der Schulpflege kürzere Wege und eine direktere Kommunikation ermöglicht. Das sind sicher Vorteile, die die neue Struktur mit sich bringt.

Deshalb wünschen wir uns ein Ja zu dieser Vorlage.

Frau Livia Gärtner: Ich spreche im Namen der Grünen. Wir schliessen uns dem Dank an alle Beteiligten an und stimmen dem vorgeschlagenen System zu, möchten aber auch an die Verantwortung erinnern, die damit einhergeht.

Die Auflösung der Schulpflege stellt im Moment alle Gemeinden des Kantons vor die gleiche Aufgabe, nämlich die Kompetenzen und Strukturen der Schulführung neu festzulegen. Das bedeutet, dass es die Gemeinden durch die Sprechung der Stellenpensen in der Schulverwaltung und der Schulleitung jetzt in der Hand haben, die Qualität ihrer Schulen zu bestimmen.

In Brugg besuchen rund 1'550 Kinder die Volksschule, ungefähr 185 Lehrpersonen unterrichten hier. Das ist eine Menge, und es ist für alle Beteiligten wichtig, dass es auf der Ebene Schulverwaltung und Kommunikation rund läuft. In diesem Bereich gehe ich einig mit der SVP: Wenn es dort rund läuft, entlastet dies die Lehrpersonen und die Eltern und setzt Energie frei, die dann hoffentlich für die Kinder zur Verfügung steht. Es ist deshalb umso wichtiger, dass hier und heute genügend Ressourcen zur Verfügung gestellt werden, so dass in diesem Bereich gute Arbeit geleistet werden kann. Wir fordern nicht mehr Stellenprozente, aber die Festlegung der neuen Strukturen heisst, Neuland zu betreten. Wir haben noch keine Erfahrungen, wir können zwar die Aufgaben und den Aufwand abschätzen, aber wie sich die neuen Schnittstellen schlussendlich bewähren und ob es durch die Neustrukturierung zu mehr oder zu weniger Aufwand kommen wird, wissen wir erst in zwei, drei Jahren. Deshalb stellen wir den Antrag, dass die Stadt alle drei Jahre, idealerweise zum gleichen Zeitpunkt, zu dem die kantonale Ressourcierung gesprochen wird, eine Evaluation zu diesen Stellenprozente vornimmt. Unser Änderungsantrag umfasst also einen weiteren Antrag, der lautet: «3. Jeweils nach der Festsetzung der kantonalen Ressourcierung, die alle drei Jahre stattfindet, soll auf Ebene der Stadt eine Evaluation der Stellenprozente vorgenommen werden, um eine allfällige Anpassung der gesprochenen Pensen vornehmen zu können.»

Wir bedanken uns für die Unterstützung dieses Antrags.

Die Präsidentin: Es ist kein Änderungsantrag, sondern ein zusätzlicher Antrag.

Herr Michel Indrizzi: Ich spreche im Namen der FDP. Auch wir danken der Schulpflege für ihren Einsatz und die gute Arbeit, die sie zum Wohl unserer Kinder geleistet hat.

Die Bildung hat für die FDP einen hohen Stellenwert, sie unterstützt die Anträge mehrheitlich. Durch die neuen Führungsstrukturen bietet sich die Möglichkeit, die Volksschule Brugg qualitativer, effizienter, zumindest effektiver im Hinblick auf die Zukunft zu führen. Die Vorlage ist für die FDP schlüssig, Fragen konnten anlässlich der Informationsveranstaltung geklärt werden. Durch die stetig steigenden Schülerzahlen soll die Organisation mitwachsen und neu ausgerichtet werden. Die FDP hätte es gerne gesehen, wenn anstelle einer zusätzlichen pädagogischen Fachstelle eine Funktion geschaffen worden wäre, deren Fokus auf der Organisation und den Führungsstrukturen gelegen hätte. Das wäre unserer Meinung nach etwas zielführender gewesen. Wir sind uns aber bewusst, dass die Schule Brugg mit Gesamtschulleiter Siegbert Jäckle einen Mann in der Führungsposition hat, der diese Qualitäten mit seinem Team, den Schulleitungen, mitbringt, und wir verfolgen die Entwicklung der Schule Brugg mit Interesse. Für die Zukunft der Volksschule Brugg wünschen wir uns, dass solche Aspekte in nächsten Projekten stärker gewichtet werden und dass man sich bewusst wird, dass es nicht nur pädagogische Fähigkeiten braucht, um in der Führung zu arbeiten. Die Erhöhung der Stellenpensen in der Schulverwaltung ist für die FDP unbestritten. Für die Musikschule freuen wir uns, dass sie endlich ein zu Hause gefunden hat, und wir wünschen ihr in diesem neuen Heim viel Glück und Genugtuung.

Die FDP unterstützt die Anträge des Stadtrats – den dritten Antrag kann ich nicht beurteilen, davon wurde ich überrumpelt – und wünscht der Schule Brugg einen erfolgreichen Start mit der neuen Führungsorganisation.

Herr Reto Bertschi: Als Mitglied der Schulpflege erfahre ich jeweils, wie das kantonale Bildungsdepartement BKS die Schule Brugg beurteilt. Die Schule Brugg genießt im Aargau einen sehr guten Ruf als effiziente und innovative Schule, und es ist das Ziel, dass dies mit der neuen Führungsstruktur weiterhin so bleibt.

Der Souverän beschloss im Jahr 2020 auf Antrag des Regierungsrats die Abschaffung der Schulpflegen per Ende 2021. Der Stadtrat diskutierte zusammen mit Vertretungen der Schulpflege, der Gesamtschulleitung und der Musikschulleitung die neue Führungsstruktur, wie sie heute vorliegt. Er ist überzeugt, damit eine funktionierende, effektive und effiziente Lösung zu präsentieren, die sogar kostenneutral ist.

Soweit es das Gesetz zulässt, werden die Kompetenzen und Verantwortlichkeiten an die Gesamtschulleitung delegiert und nur diejenigen Geschäfte, bei denen dies von Gesetzes wegen so vorgesehen ist, verbleiben bei der Exekutive. Die gesamte finanzielle und strategi-

sche Führung liegt ebenfalls beim Stadtrat. Der Stadtrat wird künftig auch einen Teil der Aufgaben der Schulpflege übernehmen müssen, so zum Beispiel Laufbahnentscheide, Sondermassnahmen oder Disziplinarmaßnahmen. Wie sich der Stadtrat intern organisiert, ist ihm überlassen.

Wir hörten auch schon, dass keine ständige Kommission gebildet wird, da sonst die Schulpflege einfach durch eine Kommission ersetzt würde, was nicht die Idee der ganzen Reorganisation gewesen ist. Es steht dem Stadtrat aber frei, bei Bedarf eine temporäre Kommission einzusetzen, zum Beispiel für die Schulraumplanung.

Mit der Unterstellung der Musikschule unter die Gesamtschulleitung kann alles unter einem Dach vereinigt werden, die Musikschulleitung wird den anderen Schulleitungen gleichgestellt. Der Gesamtschulleiter wird den Abteilungsleitenden der anderen Verwaltungsabteilungen gleichgestellt.

Die pädagogische Fachstelle wurde bereits diskutiert, auf sie komme ich nicht mehr zurück. Das sind die wichtigsten Punkte der Vorlage.

Als Mitglied der Schulpflege bedanke ich mich bei der Gesamtschulleitung, bei der Schulleitungskonferenz, bei den Lehrerinnen und Lehrern, bei der Schulverwaltung und bei meinen Kolleginnen und Kollegen der Schulpflege für die Arbeit, die wir gemeinsam geleistet haben. Ich bin überzeugt, dass die neue Führungsstruktur funktionieren wird, so dass die Schule Brugg weiterhin so gut funktioniert wie bisher.

Ich danke dem Rat für die Zustimmung zu diesem Geschäft, wodurch die Fortführung der bisherigen guten Arbeit zum Wohl der Brugger Schülerinnen und Schüler ermöglicht wird.

Damit ist die Diskussion erschöpft.

In der Abstimmung wird dem Antrag 1 des Stadtrats:

«Sie wollen der Erhöhung der Stellenpensen für die Schulverwaltung um 80 % sowie der Schulleitung um 30 % zustimmen und dafür einen jährlich wiederkehrenden Kredit von gegenwärtig Fr. 123'000.– und einen einmaligen Kredit von Fr. 15'000.– bewilligen.»

mit 39 Ja zu 7 Nein zugestimmt.

Dem Antrag 2 des Stadtrats:

«Sie wollen den Änderungen des Reglements über die Musikschule Brugg auf den 1. Januar 2022 zustimmen.»

wird mit 45 Ja zu 0 Nein zugestimmt.

Antrag 3 der Grünen:

«Jeweils nach der Festsetzung der kantonalen Ressourcierung, die alle drei Jahre stattfindet, soll auf Ebene der Stadt eine Evaluation der Stellenprozente vorgenommen werden, um eine allfällige Anpassung der gesprochenen Pensen vornehmen zu können.»

wird mit 17 Ja zu 26 Nein abgelehnt.

## Traktandum 5: Planungskredit für die Gebietsentwicklung Stadtraum Bahnhof Brugg Windisch

---

Frau Stadtmann Barbara Horlacher: Dem Rat liegen zu diesem Traktandum umfangreiche Unterlagen vor. Ausserdem bestand anlässlich der Ende Mai durchgeführten Online-Veranstaltung Gelegenheit, zusätzliche Informationen zu erhalten und Fragen zu stellen. Ich freue mich, dass diese Online-Veranstaltung sehr gut besucht wurde und rege Fragen gestellt wurden.

Das Gebiet südlich des Bahnhofs ist heute industriell geprägt, was sich in den nächsten Jahren und Jahrzehnten ändern wird. Es weist das Potenzial für ein neues Quartier mit bis zu 2'000 neuen Einwohnerinnen und Einwohnern und bis zu 3'000 Arbeitsplätzen auf. Aktuell sind rund um den Bahnhof verschiedene Verkehrsinfrastruktur-Projekte in Planung, die koordiniert und auf die künftige Siedlungsentwicklung abgestimmt werden müssen. Das Projekt Stadtraum bietet die Möglichkeit, diese Aufgabe zusammen mit der Gemeinde Windisch, dem Kanton Aargau, der SBB und den privaten Grundeigentümerschaften anzugehen. Ausserdem erhält die betroffene Bevölkerung Gelegenheit, frühzeitig ihre Bedürfnisse an die künftige Entwicklung dieses Gebiets zu äussern, so dass sie in die weitere Planung einbezogen werden können. Es bietet sich hier die einmalige Chance, die Entwicklung dieses zentralen und für die Stadt Brugg, die Gemeinde Windisch und die ganze Region wichtigen Gebiets frühzeitig, gemeinsam und partizipativ anzugehen.

Ich bitte den Rat im Namen des Stadtrats, dem Antrag für einen Planungskredit von 60'000 Franken zuzustimmen, damit mit diesem Prozess begonnen werden kann.

Herr Jürg Hunziker: Ich spreche im Namen der FDP. Der Stadtraum Bahnhof Brugg Windisch soll in einem mehrstufigen Planungsverfahren entwickelt werden. Zurzeit geht es um einen Planungskredit von 300'000 Franken für die Phase 2, wobei der Anteil von Brugg 60'000 Franken beträgt. Auf dem Gebiet, das rund 34 Hektaren umfasst und das in etwa zur Hälfte auf dem Gemeindebann von Windisch und zur Hälfte auf jenem von Brugg liegt, sollen rund 3'000 Arbeitsplätze – im Moment sind es etwa 500 bei der Brugg Kabel AG – und Raum für 2'000 Einwohnerinnen und Einwohner geschaffen werden. Es geht also darum, ein neues Zentrum zu schaffen und ein gross angelegtes Transformationsprojekt zu bewältigen. Ähnliche Projekte wurden in Baden oder in Aarau bereits erfolgreich umgesetzt. Brugg Windisch hat zusammen mit den weiteren Akteuren, die Frau Stadtmann Barbara Horlacher bereits erwähnte, die Chance, diesen Raum aktiv mitzugestalten.

Der Standort könnte nicht idealer sein, er liegt nur einen Steinwurf vom öffentlichen Verkehr entfernt. Natürlich müssen auch der Langsam- und Individualverkehr geplant und kanalisiert werden. Dieses Projekt ist eine logische Folge der von den beiden Gemeinden gemeinsam erarbeiteten Bau- und Nutzungsordnung BNO. Eine ihrer Hauptzielsetzungen lautete, Schnittstellen zu bereinigen. Und genau darum geht es hier, die Bereinigung von Schnittstellen in diesem Gebiet, das ziemlich verflochten ist. Bis ins Jahr 2026 soll ein Entwicklungsplan vorliegen, der bis zum Jahr 2030 rechtskräftig wird.

Die FDP ist der Auffassung, dass wir die Zukunft des Stadtraums Bahnhof Brugg Windisch aktiv mitgestalten und dies nicht nur möglichen Investoren überlassen sollten. Lassen Sie uns dieses Leuchtturmprojekt gemeinsam entwickeln und Brugg Windisch die Chance geben, im Standortwettbewerb zwischen Baden und Aarau nicht vergessen zu gehen. Ich bitte den Rat, Ja zu sagen zu einer aktiven Entwicklung dieses Stadtraums und der Kreditvorlage zuzustimmen.

Frau Julia Geissmann: Ich spreche im Namen der Mitte. Die gemeinsame Planung und Arealentwicklung von Brugg und Windisch ist eine Erfolgsgeschichte. Vor rund 20 Jahren wurde die Initiative zur «Vision Mitte» ergriffen. Daraus entstanden der Campus der Fachhochschule und dieser schöne, grosszügige Sitzungsraum hier im Campussaal. Die gemeinsame Planung wurde mit dem Räumlichen Entwicklungsleitbild RELB und der Revision der BNO weitergeführt. Zwischenzeitlich ist die Entwicklung im Gebiet der «Vision Mitte» etwas eingeschlafen. Nun ist es aber gelungen, alle beteiligten Akteure wieder ins Boot zu holen. Sie verständigten sich in der Planungsvereinbarung darauf, die Entwicklung koordiniert anzugehen und legten im Projektplan übergeordnete Entwicklungsziele fest. Diese Entwicklungsziele sind ein starkes Zentrum, ein attraktiver Bahnhof als Verkehrsdrehscheibe, das Verbinden und Vernetzen von Brugg und Windisch unter dem Bahnareal, die Förderung von belebten öffentlichen Räumen rund um den Bahnhof und eine qualitätsvolle Quartierentwicklung. Bis jetzt wurde einiges Papier produziert. Nun geht es darum, die Planung in der nächsten Phase weiterzuführen. Die Mitte wird dem Kredit zustimmen.

Es ist für uns wichtig, dass die heutige industrielle Nutzung im Planungsgebiet nicht erschwert wird und die Firmen nicht verdrängt werden. Wir sind auch in 25 Jahren noch froh um die Arbeitsplätze und Steuereinnahmen, wenn die Kabelwerke hier produzieren. Nichtsdestotrotz ist es richtig, sich bereits heute mit einer möglichen anderen Nutzung dieses Areals auseinander zu setzen und vorbereitet zu sein, sollte eines Tages nicht mehr hier produziert werden. Da sich nun alle Akteure an diesem Planungsprozess beteiligen, bietet sich eine grosse Chance, die wir unbedingt nutzen wollen. Insbesondere soll endlich die Querung des SBB-Areals für den Langsamverkehr konkret geplant und bald realisiert werden. Im Synthesebericht wird angedeutet, wie eine Lösung aussehen könnte: Mit einer verbreiterten

Campuspassage für die Fussgängerinnen und Fussgänger und einem separaten Tunnel für die Velofahrenden. Das ist schon einmal eine gute Idee, und wir hoffen sehr, dass diese Teilprojekte zügig weiter bearbeitet werden. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Verkehrser-schliessung des Entwicklungsgebiets. Sie muss geklärt werden, bevor mit den grossen Bauvorhaben begonnen wird. Zudem gibt es viele weitere Einflussfaktoren wie zum Beispiel die OASE oder die Pläne der SBB mit der Güterverladestation.

Sehr viele Faktoren spielen in diesem Gebiet zusammen. Deshalb ist es richtig, koordiniert und etappenweise vorzugehen. Die Mitte unterstützt dieses Vorgehen.

Herr Pascal Ammann: Die SP sieht eine grosse Chance in der Entwicklung des Gebiets rund um den Bahnhof Brugg Windisch und begrüsst die Vorlage grösstenteils. Es erscheint uns selbstverständlich und richtig, dass bei diesem Projekt ein gemeinsames Vorgehen mit Windisch angestrebt wird.

Ein Punkt, welcher der SP sehr am Herzen liegt, betrifft die erwähnte Partizipation. Für ein solch grosses, langfristiges und nach dem Studium der Akten von Phase 1 auch unglaublich komplexes Projekt wünschen wir uns ein Partizipations- und Kommunikationskonzept, das dieser Aufgabe gerecht wird. In der Vorlage sind die Planung und das Vorgehen bezüglich Partizipation recht undurchsichtig beschrieben, und wir fragen uns, wie breit und ergebnisoffen sich der Stadtrat diese Partizipation vorstellt. Das Zentrum Öffentlicher Raum ZORA veröffentlichte zusammen mit einem Kommunikationsunternehmen sowie der Hochschule für Soziale Arbeit der Fachhochschule Nordwestschweiz eine Broschüre zu diesem Thema, die als Arbeitshilfe für die Planung partizipativer Prozesse bei der Gestaltung und Nutzung des öffentlichen Raums dienen soll. Darin wird eindrücklich beschrieben, wie komplex und divers das Verständnis von Partizipation ist, je nachdem, aus welchem Blickwinkel sie betrachtet wird, und dass diese verschiedenen Ziele immer gegeneinander abgewogen werden müssen. Es wird auch aufgezeigt, dass die Frage, wie eine Partizipation gestaltet wird, der falsche Ansatz ist. Vielmehr sind es Fragen nach dem Ziel des partizipativen Vorgehens, ob es bereits getroffene Entscheide legitimieren oder als offener Austausch dienen soll, was im Rahmen der Partizipation überhaupt behandelt werden soll, wie die Thematik der interessierten und betroffenen Bevölkerung nähergebracht werden kann und schlussendlich, wer sich wann an der Partizipation beteiligen soll. Einfach eine Partizipation der Partizipation willen durchzuführen, darf nicht die Lösung sein.

Die SP fragt sich denn auch, warum die Partizipation erst in Phase 2 vorgesehen ist. War eine Mitwirkung bei der Studie oder beim Verkehrskonzept nicht erwünscht? Auf jeden Fall bitten wir den Stadtrat, diese Überlegungen mitzunehmen und das für die Erarbeitung des Partizipations- und Kommunikationskonzept zuständige Büro sorgfältig auszuwählen. Ein so grosses, chancenreiches Projekt verdient ein angemessenes partizipatives Vorgehen, das

viele Beteiligte und Meinungen aus der Bevölkerung, von Fachpersonen und auch der Ratsmitglieder einbezieht, und das alle Phasen eng begleitet.

Im Synthesebericht sind die Ergebnisse der Phase 1, in welcher die Planungsgrundlagen erarbeitet wurden, gut erläutert. Mit grossem Interesse lasen wir die Potenzialstudie, die verschiedene Szenarien bezüglich Nutzungsschwerpunkt oder Dichtevarianten aufzeigt und damit als Grundlage dafür dient, die geeignete Form zu finden und dabei doch flexibel zu bleiben. Uns scheint die Studie damit eine geeignete Grundlage für die folgenden Phasen zu sein.

Leider sehen wir diese Flexibilität beim Verkehrskonzept weniger. Ein Konzept ist kein Instrument, das per se flexibel gestaltet werden kann, sondern per definitionem ein Plan, ein Programm für ein Vorhaben. Auch hier gibt es aus unserer Sicht positive Aspekte wie beispielsweise die Konzepte für den Fuss- und Veloverkehr und das Beanspruchen des dafür notwendigen Raums. Allerdings ist es für uns unverständlich, dass in einer Stadtraumplanung Bahnhof Brugg Windisch davon ausgegangen und damit geplant wird, dass der motorisierte Individualverkehr in den nächsten 20 Jahren prozentual mehr wachsen wird als der öffentliche Verkehr. Dies in einer Gebietsentwicklung Bahnhof Brugg Windisch mit zwei Bustransportterminals. Wo soll der öffentliche Verkehr sonst gefördert werden? So kann davon ausgegangen werden, dass eine möglichst schnelle Anbindung an die Zentrumsentlastung das Ziel der Planung ist, und es erstaunt daher nicht, dass im Zielzustand des Konzepts motorisierter Individualverkehr von einem Anschluss beziehungsweise einer Tunnelporte in diesem Bereich ausgegangen wird. Wir sind enttäuscht, dass die Überlegung einer Verlängerung bis zum Anschluss Südwestumfahrung fehlt. Ein entsprechendes Postulat wurde bereits eingereicht. Die SP stellt dennoch für diese Vorlage folgenden Zusatzantrag: «Der Stadtrat wird beauftragt, das Verkehrskonzept aus Phase 1 mit der Verlängerung des Tunnels bis hin zum Anschluss Südwestumfahrung zu erweitern und zu überarbeiten.»

Unabhängig davon, dass unserer Ansicht nach eine zukunftsgerichtete Erschliessung den motorisierten Individualverkehr dem öffentlichen Verkehr nicht vorziehen darf, erwähnte ich bereits eingangs, dass ein gemeinsames Vorgehen mit Windisch selbstverständlich sein sollte und in diesem für beide Gemeinden wichtigen Gebiet richtig ist. Ich erwähnte ebenfalls, dass wir eine ergebnisoffene Planung der Gebietsentwicklung für den Stadtraum Brugg Windisch erwarten. Der Einwohnerrat Windisch hiess einen analogen Antrag an der Sitzung vom 23. Juni 2021 gut, und wir bitten den Rat, unseren Antrag ebenfalls zu unterstützen, um die gemeinsame Planung und Gebietsentwicklung nicht zu behindern.

Herr Thomas Gremminger: Es ist wohl allen klar, dass es sich hier um ein grosses Projekt handelt, ein nicht alltägliches, hoch komplexes Vorhaben, dessen räumliche und zeitliche Dimensionen den üblichen Rahmen sprengen. Es besteht selten die Gelegenheit, ein zent-

ralörtliches Areal von dieser Grössenordnung in Gunstlage direkt beim Bahnhof und beim Buszentrum für die weitere Zukunft zu entwickeln. Für eine Gemeinde ist dies eine einmalige Chance. Nicht ohne Grund konnte deshalb kürzlich in den Medien gelesen werden, dass Brugg Windisch von allen grösseren Ortschaften im Aargau neu vor der Stadt Lenzburg das grösste Entwicklungspotenzial aufweist. Das bedeutet aber auch, dass verschiedene grosse Player mit eigenen Interessen und Entwicklungsvorstellungen mitspielen werden, und dass es viele sich räumlich, zeitlich und inhaltlich überlagernde Teilprojekte zu meistern und aufeinander abzustimmen gilt. Die Grünen befürworten es sehr, dass die Gemeinden dabei die Federführung übernehmen, mit einer klaren Vorstellung die Planung schrittweise vorantreiben und die nicht auf den ersten Blick erkennbaren Schnittstellen und Abhängigkeiten offenlegen. Mit der Absichtserklärung, dem Projekthandbuch und der Planungsvereinbarung sind verbindliche Voraussetzungen für eine verlässliche und wirkungsvolle Weiterbearbeitung geschaffen worden.

Die Grünen Brugg stimmen den Anträgen mehrheitlich zu und geben den Verantwortlichen die drei folgenden Kernanliegen mit auf den langen Weg: Die Partizipation darf kein Papiertiger bleiben, die Bevölkerung und die verschiedenen Interessengruppen müssen aktiv und frühzeitig in den Planungsprozess einbezogen werden. Der Langsamverkehr und das autoarme Wohnen und Arbeiten müssen den hohen Stellenwert erhalten, der ihnen an dieser zentralen Lage zusteht. Die OASE mit dem Tunnelportal muss bei der weiteren Planung an den für die Arealentwicklung richtigen und nicht störenden Platz gerückt werden. Insofern unterstützen die Grünen auch den Antrag der SP.

Frau Barbara Müller: Die EVP wird dem Planungskredit für die Phase 2a der Gebietsentwicklung Stadtraum Brugg Windisch zustimmen.

Das Gebiet rund um den Bahnhof birgt ein enormes Potenzial hinsichtlich seiner künftigen Gestaltung. Es soll Menschen zusammenbringen, Aspekte des Alltags in einem attraktiven Umfeld verbinden und die Werte einer verantwortungsbewussten Gesellschaft widerspiegeln. Brugg stimmte dem CO<sub>2</sub>-Gesetz zu, der schonende Umgang mit Ressourcen ist den Brugerinnen und Bruggern also wichtig. Deshalb wünscht sich die EVP, dass sich das Gebiet rund um den Bahnhof zu einem Areal entwickelt, das für Energieeffizienz und Klimafreundlichkeit steht. Dabei kann man sich an Standards wie zum Beispiel «2'000-Watt-Areal» orientieren, es muss nicht alles selbst entwickelt werden. Wir sind überzeugt, dass der Standort optimale Voraussetzungen dafür bietet.

Herr Stefan Baumann: Ich spreche im Namen der SVP. Nach «Vision Mitte», RELB und BNO wieder eine Planung, die unter dem Deckmantel des aktiven Einbezugs der Bevölkerung und, legitimiert durch die öffentliche Diskussion, ein ideologisch geprägtes Schema als

Erfolgsprodukt verkaufen will. Im Antrag steht, es solle ein lebendiges und identitätsstiftendes Quartier mit überregionaler Ausstrahlung entwickelt werden, das ein prognostiziertes Bevölkerungswachstum von 1 % beherbergen soll. Da frage ich mich: Müssen wir dann den Rest von Brugg nicht mehr verdichten? Im RELB war von einem gesamthaften Bevölkerungswachstum von 1 % die Rede. Das wäre mit diesen 2'000 Personen im Raum Brugg Windisch abgedeckt. Oder wird ein grösseres Bevölkerungswachstum angestrebt? Es scheint, als ob der Stadtrat nicht besonders an der Lebensqualität der Bruggerinnen und Brugger interessiert sei. Wer aktiv ein weiteres Bevölkerungswachstum in ohnehin schon völlig überlasteten Zonen fördert, versteht ebenso wenig von der Umwelt. In der Tierhaltung wird mehr Auslauf und mehr Platz in der Stallhaltung angestrebt, beim Menschen wird verdichtet und zusammengepfercht. Wie sehr der Stadtrat und der linke Ratsteil, der gegen den Widerstand der SVP und der FDP das RELB und die BNO in der heutigen Form durchboxten, an der Bevölkerung vorbei politisieren, zeigt sich jedes Mal, wenn konkrete Projekte zur Innenverdichtung präsentiert werden und Widerstand aus der Bevölkerung entsteht. Am vorliegenden Antrag stört uns erstens das völlig überrissene Wachstumsstreben und zweitens, dass einmal mehr ein Planungsmonster geschaffen wird. Obwohl die Spielregeln in Form der BNO bereits vorhanden wären, werden hier wieder einmal die kostspieligen und zeitaufwändigen Mühlen der Verwaltung angeworfen. Der heutige Antrag umfasst zwar nur 60'000 Franken, aber die Gesamtkosten werden für Brugg auf über eine halbe Million geschätzt. Der nächste Kreditantrag folgt schon bald. Grundsätzlich wissen wir, dass ein Projekt nur dann erfolgreich sein kann, wenn der Akteur auch die finanziellen Risiken trägt. Vor diesem Hintergrund lehnt die SVP die Vorlage in aller Deutlichkeit ab.

Herr Markus Lang: Es geht hier um ein Projekt, dass die nächsten Generationen prägen wird, ein eigentliches Jahrhundertprojekt, ein Projekt, dass das Gesicht des Zentrums Brugg Windisch massgeblich prägen wird. Der Stadtrat hält in seiner Botschaft zu Recht fest, dass sich für Brugg und Windisch mit der Zentrumsentwicklung eine einmalige Chance ergibt. Umso wichtiger ist eine kritische Begleitung des ganzen Prozesses. Von Beginn an müssen die Interessengruppen möglichst breit in die Planung miteinbezogen und alle Schritte transparent offengelegt werden. Es liegt uns ein Projektplan vor, der die Entwicklung und Transformation des Stadtraums Bahnhof bereits ziemlich detailliert beschreibt. In seiner Botschaft teilt der Stadtrat seine Absicht mit, den zur Verfügung stehenden Raum haushälterisch zu nutzen und einen lebendigen und attraktiven Ort zu schaffen. In den Ausführungen, wie dies zu erreichen ist, bleibt der Stadtrat oft bei weit gefassten Absichtserklärungen. Das ist per se nicht schlecht, wenn es bedeutet, dass alle Optionen geprüft und in die Diskussion eingebracht werden, die mit diesen Absichten im Einklang stehen. Es gibt aber auch Elemente, die der Attraktivität und Nutzungsvielfalt eines neuen Quartiers diametral entgegenstehen

wie beispielsweise die offene Linienführung einer Strasse für den Durchgangsverkehr. Ich komme auf diesen Punkt zurück. Diffus ist auch die Absichtserklärung, die Bevölkerung «zu gegebener Zeit und in geeigneter Weise» einzubeziehen. Es liegt in der Verantwortung des Rats, dieses Versprechen einzufordern, und es muss vom ersten Schritt an gelten. Beim Durcharbeiten des Antrags beschleicht mich das Gefühl, dass die Diskussionen und Entscheidungen zumindest teilweise bereits vorgespurt sind.

Beim Busterminal Zentrum sollen neun Halteketten grösser dimensioniert werden als beim Busterminal Campus. Die GLP erwartet, dass nicht bereits zu Beginn die Planung zweiteilig und mit Schwergewicht beim Busbetrieb Zentrum zementiert wird. Es sind weitere Optionen zu prüfen, die sowohl die Konzentration des gesamten Busverkehrs beim Terminal Campus als auch eine andere Gewichtung der Aufteilung zwischen Zentrum und Campus berücksichtigen. Dabei müssen auch verschiedene An- und Abfahrtsregimes geprüft werden, die auf eine vollständige Befreiung der Fläche zwischen Neumarkt und Bahnhof von jeglichem motorisierten Verkehr mit Ausnahme von eBikes und Fahrzeugen von beeinträchtigten Personen abzielen.

Der Neumarktplatz ist der meistfrequentierte Begegnungsort in Brugg. Im Vergleich mit anderen Zentrumsorten weist er jedoch eine kleine Fläche auf. Es ergibt sich nun die einmalige Chance, den Platz aufzuwerten und zu vergrössern. Eine Vergrösserung ist aber nur südwärts Richtung Bahnhof möglich. Daraus ergibt sich ein Zielkonflikt. Wenn die Hauptstrasse K112 Bahnhofstrasse von ihrer Funktion als Durchgangssachse befreit wird, kann eine neue, grosszügige, vielseitige, städtebaulich wertvolle Fläche geschaffen werden, die für eine vielfältige Nutzung wie Märkte, Konzerte, Veranstaltungen und so weiter zur Verfügung steht. Hier stellt sich die Grundsatzfrage, was uns wichtiger ist: Der Erhalt einer Verkehrsachse zwischen Bahnhof und Neumarkt oder die Schaffung eines zentralen, städtischen Begegnungs-, Aufenthalts- und Erlebnisraumes?

Einige Gedanken zum Teilgebiet Hochschule. Der Projektbericht stellt nüchtern fest, dass das Areal Bachthale für eine neue Mittelschule geeignet sei. Weder aus der Vorlage noch aus der Absichtserklärung oder der Planungsvereinbarung ist ersichtlich, dass sich die Stadt Brugg für einen Mittelschul-Standort interessiert und sich dafür einsetzen will. Wir wissen, dass der Stadtrat Bestrebungen unterstützt, eine Kantonsschule nach Brugg Windisch zu holen. Das müsste aber auch in den Planungsabsichten klar und unmissverständlich formuliert werden. Ich erwarte dazu ein klares, kräftiges Statement und keine halblaue Haltung. Im Projektbeschrieb ist auf dem sogenannten Baufeld A Bachthale ein Neubau erwähnt. Unter den weiteren Beteiligten sind der Kanton Aargau sowie die Gemeinde Windisch aufgeführt. Es erstaunt mich, dass die Stadt Brugg nicht erwähnt wird. Es dürfte eigentlich klar sein, dass es ohne die finanzielle Beteiligung der Stadt Brugg schwierig wird, den privaten Teil der Bachthale zu erwerben.

Wie die Projektpartner feststellen, schlummert im jetzigen Industriegebiet ein im Aargau einmaliges Entwicklungspotenzial für ein Gebiet in unmittelbare Nähe des Bahnhofs und des Zentrums. Warum dieses Potenzial in Teilen durch eine offene Strassenführung zerstört werden soll, ist mir schleierhaft. Wie kann man in der heutigen Zeit für eine überregionale Durchgangsstrasse mit einem grossen Anteil an internationalem Güterschwerverkehr eine Schneise mitten ins Herz des Entwicklungsgebiets schlagen? Wessen Anwalt muss die Gemeindebehörde sein? In erster Linie doch der eigenen Bevölkerung, für sie muss sie sich einsetzen. Und was ist wohl von grösserem Interesse für die Bruggger Bevölkerung? Eine Strasse für den Durchgangsverkehr, die aus Kostengründen teilweise oberirdisch verläuft, oder ein unbelastetes, neues Quartier mit vielfältiger Nutzung? Wenn dem Stadtrat der Mut fehlt, hier den Wünschen des Kantons entgegenzutreten, müssen wir ihn dazu verpflichten, sich im Sinne der Bevölkerung einzusetzen und sich mit allen Mitteln für eine vollständig unterirdische Linienführung der Zentrumsentlastungsstrasse einzusetzen. Dementsprechend müsste die Aussage im Projektplan auf Seite 15 unten umformuliert werden. Anstatt: «Die neue Strasse soll möglichst siedlungsverträglich und flächenschonend in das Bahnhofsumfeld integriert werden» – schon diese Aussage ist ein Widerspruch in sich – müsste es heissen: «Die neue Strasse muss vollständig unterirdisch geführt werden.» Wie kommt eine solche Aussage in den Bericht? Es ist nichts anderes als die Willenserklärung des Kantons. Aber es sind vier Projektpartner, und meine Erwartung ist, dass sich Brugg ganz klar positioniert und nicht einfach Willensäusserungen des Kantons formuliert werden.

Die beim Bahnareal angedachten Massnahmen sind sinnvoll, jedoch wird nicht deutlich, ob die notwendigen baulichen Massnahmen zeitlich mit den anderen Baumassnahmen koordiniert werden. Was nach Möglichkeit verhindert werden sollte, ist eine für Jahrzehnte bestehende Baustelle. Es ist klar, dass dieses Projekt sehr viel Zeit beanspruchen wird. Aber es darf nicht sein, dass die Bauarbeiten das ganze Areal für die nächsten 30 Jahre belasten, es muss darauf gedrängt werden, dass die verschiedenen Projektpartner koordiniert vorgehen. Ich sehe hier vor allem die SBB in der Pflicht; sie muss früher und verbindlicher aufzeigen, was sie bezüglich des Bahnhofsareals für Absichten hat.

Zusammenfassend halte ich fest, dass Projektplan wie Botschaft vielfältige Chancen aufzeigen, nötige Entwicklungen beispielsweise im Langsamverkehr benennen und Visionen von einem vielfältigen, nachhaltigen und lebenswerten Zentrum kreieren. Die Unterlagen wecken bei mir aber auch ein gewisses Misstrauen, da der Stadtrat bei zentralen Eckwerten klare Aussagen scheut und nicht unmissverständlich Position bezieht. Trotzdem stimmt die GLP dem Planungskredit zu, denn der Tatbeweis für die guten Absichten kann nur erfolgen, wenn mit der konkreten Arbeit begonnen wird.

Herr Urs Bürkler: Ich spreche im eigenen Namen. Im dicken Dossier, das wir erhalten haben, wird mit vielen gut klingenden Begriffen gearbeitet. «Gebietsentwicklung», «identitätsstiftend», «Aufwertung», «Ausstrahlung über die Kantonsgrenzen hinaus» und so weiter. Leider wird nirgends erklärt, was mit «identitätsstiftend» oder mit «Ausstrahlung» gemeint ist. Wer wissen will, wie es konkret aussieht, wenn so ein Gebiet entwickelt und aufgewertet worden ist, kann mit dem Zug nach Zürich fahren und sich die neu überbauten Bahnhofsareale in Baden, Dietikon, Schlieren, Altstätten und um den Hauptbahnhof Zürich anschauen. Ich überlasse es jedem Einzelnen zu beurteilen, wieviel Ausstrahlung diese uniformen, eintönigen, charakterlosen Fassaden haben. Was aber mit Sicherheit festgestellt werden kann, ist, dass viele teure und für den Normalbürger und die Normalbürgerin unbezahlbare Wohn- und Büroräumlichkeiten geschaffen worden sind, die entsprechend häufig leer stehen. Gleichzeitig ist viel wild und organisch Gewachsenes, Bezahlbares abgerissen und zerstört worden. Leider habe ich wenig Anlass zur Hoffnung, dass dies in Brugg Windisch einmal anders aussehen wird. Nimmt man den Centurion-Tower als Massstab, muss das Schlimmste befürchtet werden.

Nachdem für Vorabklärungen und die erste Planungsphase bereits über eine halbe Million Franken ausgegeben worden ist, wovon Brugg und Windisch gemäss Verteilschlüssel je rund 150'000 Franken bezahlt haben müssten, soll der Rat nun 60'000 Franken für Planungsphase 2a bewilligen. In dieser Phase soll nun auch die Bevölkerung mitreden können, Partizipation heisst das Zauberwort. Das Wort wird sogar übersetzt und erklärt – nur leider wird es inhaltlich nicht ernst genommen. Wenn schon so viel Geld ausgegeben und ein so dickes Dossier angelegt worden ist, ist meiner Meinung nach der Zeitpunkt für eine echte Partizipation bereits vorbei. Dann sind grundsätzliche Entscheide in den Köpfen der Planer, Behörden, Grundeigentümer und Investoren bereits gefällt, eine ergebnisoffene Planung ist nicht mehr möglich. Liest man den Bericht genau, finden sich reichlich Hinweise, dass dem so ist. Auf Seite 5 von Bericht und Antrag steht unter «Ausgangslage» zum Beispiel: «Der heute stark industriell geprägte Stadtraum im Süden des Bahnhofs Brugg wird sich mittel- bis langfristig zu einem neuen Quartier mit bis zu 2'000 Einwohnerinnen und Einwohnern transformieren.» Das ist keine Frage und auch keine Annahme, sondern eine Feststellung. Wir bauen ein neues Quartier, und Brugg Windisch wird einwohnermässig um 10 % wachsen. Quantitatives Wachstum ist programmiert und wird nicht hinterfragt. Ob uns das nützt oder schadet, was es uns kostet und was es uns bringt, ob die Bevölkerung das will oder nicht, wird nicht gefragt. Hier aber würde für mich die Mitsprache beginnen.

Auf Seite 11 von Bericht und Antrag ist unter «Planungsprozess» zu lesen: «Phase 1: ... In dieser Phase 1 wurden die Projektorganisation sowie die gemeinsamen Zielsetzungen für die Gebietsentwicklung definiert.» Die Zielsetzungen sind definiert, die Partizipation kommt später.

Wie die Partizipation zu verstehen ist, kann auf Seite 21 nachgelesen werden: «Die Erkenntnisse der Potentialstudie und des Verkehrskonzeptes sollen ein erstes Mal der Bevölkerung von Brugg und Windisch und weiteren Interessierten präsentiert und erläutert werden. Im Rahmen dieser Partizipation ....». Die Erläuterung von Konzepten ist keine Partizipation. «... Im Rahmen dieser Partizipation sollen ein gemeinsames Verständnis ...» – man muss es also einfach verstehen, nicht sich dazu äussern. «... und eine Zielvorstellung entwickelt werden, was diese verschiedenen Teilgebiete zukünftig leisten sollen.» Es soll eine Zielvorstellung entwickelt werden. Vorhin hiess es, die Zielsetzungen für die Gebietsentwicklungen seien schon definiert. Von Partizipation merke ich nicht viel.

Eine weitere grundsätzliche Frage ist, warum dieses Gebiet so dringend entwickelt werden muss. Interessanterweise ist bereits die erste wesentliche Erkenntnis aus der Potenzialstudie, ich zitiere Seite 17 von Bericht und Antrag: «Es besteht zurzeit kein ausgewiesener Bedarf an möglichen Nutzungen.» Wenn ich folgende Aussage aus dem Projektplan, Seite 5, Kapitel «Gebietsentwicklung», Abschnitt «Handlungsbedarf», dazu nehme: «Auf der Südseite des Bahnareals befindet sich eines der letzten und grössten bahnhofsnahen Entwicklungs- und Transformationsgebiete im Kanton Aargau», stellen sich mir ein paar Fragen. Es besteht kein Bedarf, aber das Gebiet muss unbedingt entwickelt werden, auch wenn es das letzte im Aargau ist. Geht es uns denn besser, wenn es keine Entwicklungsgebiete mehr gibt? Haben kommende Generationen kein Anrecht auf ein freies, bahnhofnahes Entwicklungsgebiet, das sie nach ihren Bedürfnissen gestalten können? Müssen wir alles schon verbaut haben? Den einzigen Grund, den ich für den Drang zu Entwicklung und Aufwertung dieses Areals erkennen kann, sind die finanziellen Interessen von Grundeigentümern, Investoren und der Baulobby und der Druck der von mit ihnen eng verbandelten Behördenvertretern unseres Wirtschaftskantons. Es gibt aus städtebaulicher Sicht keinen Bedarf und keinen Druck, das Gebiet jetzt zu entwickeln und aufzuwerten. Es gibt in Brugg Windisch schon jetzt genügend Leerbestände von teurem Wohn- und Gewerberaum. Weitere Gebiete sollen in naher Zukunft überbaut werden, zum Beispiel Schulhess-Allee/Annerstrasse, Rüetschiareal oder Weiermatt. Was aber fehlt, sind zahlbare Arbeits-, Atelier- und Wohnräume in Altbauten und Fabrikbrachen, in denen Handwerker und Künstler arbeiten und wohnen können und wo ein buntes, organisch gewachsenes Leben spriessen kann. Statt eine jetzt schon überhitzte Bautätigkeit weiter zu befeuern und den Bestand an unbezahlbaren leerstehenden Investitionsruinen hochzufahren, sollten wir uns für eine Minimalvariante einsetzen, die das Industrieareal möglichst unverändert kommenden Generationen überlässt. Da aber im ganzen Bericht und Antrag nirgends die Rede von einer solchen Minimalvariante ist, werde ich den Antrag ablehnen.

Herr Willi Wengi: Nach diesen apokalyptischen Annahmen spreche ich für all jene, die eine Weiterentwicklung befürworten. Brugg und Windisch hatten vor langer Zeit zusammen die Markthalle gekauft und dem Kanton zur Verfügung gestellt, wodurch die Fachhochschule nach Brugg kam. Nachdem Brugg und Windisch zusammen einen wesentlichen Anteil am Projekt leisteten, indem man zusammen investierte, spreche ich für all jene, die dies folgerichtig weiterentwickeln und aus dem Gebiet keinen Ballenberg machen wollen. Es ist noch genügend Zeit, es muss nicht jedes Detail erläutert und nicht mit Kanonen auf Spatzen geschossen werden. Auch die Diskussion ums Tunnelportal ist noch verfrüht, es wird sich bestimmt noch einige Male verschieben. Wir müssen an die Zukunft denken. Mit einem überzeugenden Ja zum Planungskredit zeigen wir heute Abend, dass mit Brugg, Windisch und den weiteren Partnern endlich die Richtigen am Tisch sitzen und das Gebiet gemeinsam weiterentwickeln wollen. Mit einem überzeugenden Ja zum Planungskredit senden wir ein Signal nach Aarau, wo die Kantonsschule entstehen sollte.

Herr Titus Meier: Es liegt ein komplexes Vorhaben mit einer langfristigen Bedeutung für die Entwicklung unserer Stadt auf dem Tisch. Vieles wurde heute schon angesprochen. Ein Kritikpunkt betraf die Partizipation. Ich teile diese Kritik, und ich denke, heute Abend besteht die erste Gelegenheit, dem Stadtrat unsere Anliegen zu präsentieren. Ich kann mir vorstellen, dass man wieder eine interfraktionelle oder interkommunale Begleitkommission einsetzt, wie man sie für die «Vision Mitte» hatte, in der Mitglieder beider Einwohnerräte Einsitz nahmen und sich austauschen konnten.

In der ganzen Studie fehlt mir ein Punkt. Ich hoffe, es ist noch nicht zu spät und dies war nicht Teil von Phase 1, an welcher wir nicht partizipieren konnten. Wenn ich auf der Luftaufnahme das aktuelle Zentrum von Brugg, den Neumarkt und das geplante Zentrum im Bereich Kabelwerk anschau, fällt auf, dass Gleisanlagen dazwischen liegen. Gleise bedeuten, dass eine gute Anbindung an den öffentlichen Verkehr besteht. Aber es ist auch Fläche im Zentrum von Brugg und Windisch, die ungenutzt ist. Es sollen unterirdische Passagen und Abstellplätze für Fahrräder geschaffen werden, aber warum überlegt man sich nicht zusammen mit den Partnern, wie die Fläche zwischen Brugg und Windisch oberhalb der Gleise genutzt werden kann? Es gibt in der Schweiz und andernorts gute Beispiele, wie Gleisanlagen überbaut werden können. Es braucht kein grosses Haus, das über den Gleisen errichtet wird, vorstellbare wäre beispielsweise eine nutzbare Freifläche, die fehlt, wenn verdichtet gebaut wird. Als Schattenspender könnten etwa Solarpanels montiert und damit gleichzeitig Energie produziert werden. Dieses Element, nämlich die dritte Dimension, das Denken nach oben, fehlt mir. Auch da besteht Potenzial, es muss nicht immer alles unterirdisch sein. Betrachtet man die Bebauung südlich und nördlich der Bahngleise, bestehen durchaus noch Möglichkeiten, den Zwischenraum zu nutzen.

Dies möchte ich Frau Stadtmann Barbara Horlacher gerne mit auf den Weg geben und ich hoffe, wir sind damit noch nicht zu spät.

Frau Stadtmann Barbara Horlacher: Gerne nehme ich einige Punkte aus der Diskussion auf. Eine Frage betraf die Partizipation beziehungsweise den Wunsch nach genaueren Ausführungen, wie sie stattfinden soll. Der Stadtrat ist sich bewusst, dass diese Partizipation sehr anspruchsvoll ist und dass gut überlegt werden muss, was ihre Ziele sind und wie sie aufgebaut werden muss, damit diese Ziele erreicht werden. Genau deshalb wurde noch kein konkretes Partizipations-Konzept vorgelegt. Ein Teil des beantragten Kredits ist dafür vorgesehen, jemanden zu suchen, der den Stadtrat während des Partizipationsprozesses begleitet und aufzeigt, wie dieser gestaltet werden soll. Anhand der Vorschläge dieser spezialisierten Person wird über das weitere Vorgehen entschieden. In diesem Sinn bin ich auch dankbar für die verschiedenen Hinweise aus dem Rat über die Ansprüche an die Partizipation, die wir nun für den weiteren Verlauf des Projekts aufnehmen können.

Eine weitere Frage betraf die Ergebnisoffenheit der Planung. Die Planung ist innerhalb des Rahmens der gemeinsam mit den Partnern vereinbarten Projektziele sehr ergebnisoffen. Die Ziele sind auf den Seiten sechs und sieben der Vorlage zusammengefasst. Neben diesen übergeordneten Projektzielen wurde der Prozess definiert, mit dem die Entwicklung angegangen werden soll. Inhaltlich ist aber noch nichts entschieden worden. Wir hörten heute Abend verschiedene Vorstellungen, wie die Entwicklung in diesem Gebiet aussehen sollte. Solche Punkte wollen wir zusammen mit den Partnern und der Bevölkerung dieses Gebiets diskutieren und ein gemeinsames Verständnis von allen Beteiligten und Betroffenen entwickeln. Das Ziel ist, dass sich daraus auch die Frage, was denn «identitätsstiftend» heisse, nicht nur für den Stadtrat, sondern für alle von diesem Projekt Betroffenen beantworten lässt. Aktuell besteht tatsächlich kein Druck, das Siedlungsgebiet zu erweitern und in diesem Gebiet eine Entwicklung voranzutreiben. Aber es besteht wegen den Verkehrsinfrastrukturprojekten ein grosses Bedürfnis zu wissen, wohin die Entwicklung führen soll. Das sind nicht nur die Verkehrsinfrastrukturprojekte für den motorisierten Individualverkehr, sondern auch Projekte für den öffentlichen Verkehr und den Langsamverkehr. Auch sie benötigen Raum. Wir planen und bauen sie jetzt für die nächsten rund 50 Jahre. Deshalb müssen wir vorausschauen und gemeinsam bestimmen, wie die Siedlungsentwicklung der Zukunft aussehen soll. Das ist eines der Ziele und ein wichtiger Punkt im Rahmen dieses Projekts. Und es ist dem Stadtrat ein Anliegen, dabei die Bedürfnisse der Betroffenen einzubeziehen und nicht selbst Eckpunkte zu setzen, sondern erst die Diskussion mit der Bevölkerung zu lancieren. Deshalb bin ich froh auch zu hören, dass der Kredit doch bei einigen Fraktionen auf Zustimmung stösst.

Damit ist die Diskussion erschöpft.

Herr Martin Brügger: Aufgrund von Art. 26 des Geschäftsreglements des Einwohnerrates Brugg schlage ich vor, dass zunächst über den Zusatzantrag abgestimmt wird, da der Antrag beinhaltet, dass das Verkehrskonzept in die Planung einfließt. Für mich und andere ist es entscheidend, dass die Planung ergebnisoffen ist. Ich kann dem Kredit nicht zustimmen, wenn dies nicht der Fall ist. Deshalb bitte ich darum, den Zusatzantrag zuerst zur Abstimmung zu bringen.

In der Abstimmung wird dem Zusatzantrag der SP:

«Der Stadtrat wird beauftragt, das Verkehrskonzept aus Phase 1 mit der Verlängerung des Tunnels bis hin zum Anschluss Südwestumfahrung zu erweitern und zu überarbeiten.»

mit 27 Ja zu 19 Nein zugestimmt.

Dem Antrag 1 des Stadtrats:

«Sie wollen für die Gebietsentwicklung Stadtraum Bahnhof Brugg Windisch für die Phase 2a einen Kredit von Fr. 60'000 bewilligen.»

wird mit 37 Ja zu 9 Nein zugestimmt.

Dem Antrag 2 des Stadtrats:

«Sie wollen die vorgesehene dreiphasige Planung und Entwicklung des Stadtraumes Bahnhof Brugg Windisch und die Erarbeitung eines Entwicklungsrichtplanes als Grundlage für die anschliessende Teilrevision der Zonenplanung und die Sondernutzungsplanungen zur Kenntnis nehmen.»

wird mit 37 Ja zu 7 Nein zugestimmt.

Die Präsidentin: Gemäss Geschäftsreglement soll eine Sitzung ohne Zustimmung des Rats nicht länger als 2 ½ Stunden dauern. Ich stelle Antrag auf Verlängerung der Sitzung, damit das nächste Traktandum noch behandelt werden kann.

In der Abstimmung wird dem Antrag auf Verlängerung der Sitzung mit 28 Ja zu 6 Nein zugestimmt.

## Traktandum 6: Überführung der Stadtbibliothek Brugg in die städtische Verwaltung sowie Umzug an den temporären Standort Effingerhof

---

Herr Vizeammann Dr. Leo Geissmann: Vor gut sieben Jahren hat sich der Vorstand des Vereins Stadtbibliothek mit der Absicht und dem Wunsch an den Stadtrat gewandt, den damaligen Betrieb zu professionalisieren und zu einem Bibliotheksbetrieb mit einem zeitgemässen Angebot und einem kultur-, bildungs- und sozialpolitischen Auftrag zu entwickeln. Der Verein hat dargelegt, dass eine moderne Bibliothek zur Grundversorgung einer prosperierenden Stadt und Region gehört, dass er diese Entwicklung aber nicht allein bewältigen kann und somit auf die Bereitstellung von entsprechenden räumlichen und finanziellen Mitteln durch die Stadt Brugg angewiesen ist.

Der Stadtrat vereinbarte daraufhin mit dem Vorstand, dass die Stadtbibliothek die angestrebte Bibliotheksentwicklung in einem Konzept aufzeigt und gleichzeitig im Rahmen des Möglichen schrittweise einen Entwicklungsprozess einleitet. Das Bibliothekskonzept wurde im Jahr 2018 fertiggestellt, und der Stadtrat stimmte ihm im Grundsatz zu. Der Rat erhielt dieses Konzept als Beilage zur heutigen Vorlage. Aus Zeitgründen verzichte ich deshalb darauf, weiter auf das Konzept einzugehen. Das Fazit daraus ist, dass die Stadtbibliothek nicht nur ein Ort zur Ausleihe von Medien sein soll. Sie soll vielmehr auch ein Ort zur Informationsvermittlung und -beschaffung, ein generationenübergreifender Treffpunkt sowie ein Ort der Begegnung und des Austauschs sein.

Der Entwicklungsprozess der Stadtbibliothek wurde mit der Anstellung von fachlich geschultem Personal und einer professionellen Bibliotheksleitung angestossen. Dies führte zur vermehrten Zusammenarbeit mit den Schulen und zu einer Ausweitung des Bibliotheksangebots mit Anlässen und Kursen für verschiedene Altersgruppen. Zur Unterstützung dieser Entwicklung wurde der jährliche städtische Beitrag an die Stadtbibliothek in den Jahren 2016 und 2019 um jeweils 50'000 Franken auf aktuell CHF 180'000 erhöht.

Aufgrund der knappen räumlichen Verhältnisse im Zimmermannhaus ist eine weitere Entwicklung der Stadtbibliothek, zum Beispiel eine Erweiterung des Medienangebots, nicht mehr möglich. In der Vorlage an den Einwohnerrat von 2019 stellte der Stadtrat deshalb in Aussicht, die Planung einer neuen Bibliothek ins Projekt «Zentralisierte Verwaltung» an der Schulthess-Allee zu integrieren und die Bibliothek zu einem generations- und milieuübergreifenden Begegnungsort und Treffpunkt zu machen.

Da sich das Bewilligungsverfahren für den neuen Gestaltungsplan «Alte Post» wegen Einsprachen in die Länge zieht, wird es leider noch ein paar Jahre dauern, bis das Projekt «Zentralisierte Verwaltung» und somit auch die neue Stadtbibliothek bewilligt und realisiert werden kann.

Nun bietet sich die Gelegenheit, die Stadtbibliothek an einen temporären Standort im Effingerhof zu verlegen und so weitere Elemente des Bibliothekskonzepts umzusetzen, insbesondere eine substanzielle Ausweitung des Medienangebots, der Ausleihzeiten und der Veranstaltungen. Der Stadtrat konnte mit der Eigentümerschaft des Effingerhofs eine Mietdauer von fünf Jahren mit der Option auf Verlängerung vereinbaren. Neben einem Raum von rund 340 Quadratmetern für die ausschliessliche Bibliotheksnutzung kann die Bibliothek zusammen mit den weiteren Mietern eine Gemeinschaftsfläche gleicher Grösse nutzen, in der sich ein Foyer, ein Café, ein Veranstaltungsraum und die sanitären Anlagen befinden.

Der Stadtrat schlägt dem Rat vor, die ausgezeichnete Gelegenheit zum Umzug der Stadtbibliothek beim Schopf zu packen und die Stadtbibliothek gleichzeitig in den Verantwortungsbereich der Stadt zu überführen. Die Beweggründe dafür sind in der Vorlage dargelegt.

Ebenfalls detailliert in der Vorlage ausgewiesen sind die zu erwartenden Personal- und Betriebskosten, die einmaligen Investitionskosten sowie die erwarteten Einnahmen. Die jährlich wiederkehrenden Nettokosten ohne Abschreibungen betragen durchschnittlich knapp 390'000 Franken. Dies entspricht einer Verdoppelung der bisherigen Leistungen der Stadt bestehend aus einem jährlichen Beitrag, dem Mieterlass sowie den Strom- und Reinigungskosten. Ich erinnere in diesem Zusammenhang aber daran, dass der Stadtrat bereits in der Vorlage von 2019 darauf hinwies, dass die damalige Beitragserhöhung einer Zwischenetappe entspräche und dass für den Betrieb der Bibliothek gemäss Bibliothekskonzept am neuen Standort mit jährlichen Nettokosten von circa 350'000 Franken zu rechnen sei.

Der Stadtrat ist überzeugt, dass mit dem vorgeschlagenen Umzug der Stadtbibliothek ein wichtiger Schritt hin zu einer zeitgemässen Bibliothek getan werden kann, einer Bibliothek, die das vielfältige Bildungsangebot unserer Stadt optimal ergänzt, am neuen Standort ein grösseres und vielfältigeres Medienangebot präsentieren und ihren kultur-, bildungs- und sozialpolitischen Auftrag wirklich wahrnehmen kann. Mit der Einführung des Systems Open Library können zudem die Zugangszeiten zur Bibliothek substanziell erweitert werden, ohne gleichzeitig die Personalkosten in die Höhe zu treiben.

An dieser Stelle danke ich allen, die in der Begleitgruppe mitgearbeitet haben: Matthias Guggisberg, Stadtschreiber, Brigitte Zürcher, Abteilung Finanzen, Käthi Süess und ihre Vertretungen aus dem Vorstand des Vereins Stadtbibliothek, und Cécile Bernasconi, Bibliotheksleiterin. Sie alle arbeiteten in den vergangenen sechs Monaten sehr viel, und ich bin überzeugt, dass wir dem Rat heute eine ausgereifte Vorlage mit moderaten Kosten präsentieren können.

Im Namen des Stadtrates bitte ich den Rat, den beiden Anträgen zuzustimmen und damit Ja zu sagen zu einem wichtigen Standortfaktor in unserer Bildungsstadt.

Herr Markus Lang: Die GLP unterstützt diesen Antrag. Mit dem Umzug in den Effingerhof ergibt sich eine einmalige Chance, die wir packen sollten. Dort bestehen Voraussetzungen, unter denen die Stadtbibliothek ihre Aufgaben erfüllen und besser umzusetzen kann. Es steht mehr Platz zur Verfügung, es besteht mehr Raum für Begegnungen und die Öffnungszeiten werden verlängert. Dies alles entspricht einem Bedürfnis der Bevölkerung.

Es scheint nur eine Partei dem Antrag nicht zuzustimmen. In der Zeitung konnte ich als Argument lesen, es gäbe genügend Bibliotheken, so die Schulbibliotheken und die Campusbibliothek. Aber das Angebot ist nicht dasselbe. Die Campusbibliothek bedient als Fachbibliothek andere Zielgruppen als die Stadtbibliothek, welche alltäglicheren und aktuell gefragten Lesestoff anbietet. Eine Erweiterung des Angebots in der Stadtbibliothek ist nichts Anderes als die richtige Ergänzung zu dem, was in den umliegenden Bibliotheken angeboten wird. Ich bitte den Rat, den Anträgen zuzustimmen.

Frau Doris Erhardt: Es ist schön, wenn sich Vereine über Jahrzehnte oder gar, wie im Fall des Vereins Stadtbibliothek, weit über 100 Jahre für eine gute Sache einsetzen und Visionen haben, wie der Bevölkerung gedient werden kann. Manchmal wachsen dann aber die Verantwortlichkeiten über die Möglichkeiten eines Vereinsvorstands hinaus, und an diesem Punkt steht der Verein Stadtbibliothek.

Das erarbeitete Konzept überzeugt. Es wird uns eine Bibliothek bringen, die vom kleinsten Kind bis hin zur Seniorin und zum Senioren ein qualitativ gutes und spannendes Angebot bietet. Das Konzept kann aber am jetzigen Standort im Zimmermannhaus nicht umgesetzt werden, der Platz fehlt. Ein Umzug an den angedachten temporären Standort im Effingerhof ist ein Glücksfall. Er bietet ausreichend Raum, zudem ist der Standort zentral, kann eine bessere Besucherfrequenz auch in der Altstadt fördern und liegt in der Nähe von Schulen. Dank der modernen Infrastruktur können die Öffnungszeiten erheblich ausgedehnt und dadurch zusätzliche Nutzer gewonnen werden.

Die EVP ist überzeugt, dass sich der temporäre Standort und der Ausbau der Stadtbibliothek trotz der zusätzlichen und nicht geringen Kosten auszahlen und für die Bevölkerung grosse Vorteile bringen wird.

In Brugg erfuhren wir schon öfter, dass Provisorien durch Verzögerungen zu Providurien wurden. Aber wir machten damit auch gute Erfahrungen. Vielleicht bleibt auch die Stadtbibliothek länger als geplant im Effingerhof.

Herr Reto Bertschi: Ich spreche im Namen der SP. Wir erachten die vorliegenden Anträge als sehr sinnvoll. Der beantragte temporäre, vorläufig auf 5 Jahre befristete Umzug der Stadtbibliothek vom peripheren Zimmermannhaus ins Zentrum der Altstadt ist ein guter Entscheid. Die Bibliothek platzt schon seit Jahren aus allen Nähten, man kann sich zwischen

den Regalen kaum noch bewegen und es gibt keinen Platz, um sich auszutauschen oder einen Kaffee zu trinken. Mit dem Umzug können diese Anliegen umgesetzt werden, das Bücherangebot kann vergrössert sowie verschiedene Medien ausgeliehen werden und es können Veranstaltungen mit literarischem Hintergrund wie Lesungen oder Diskussionen durchgeführt werden. Eine Stadtbibliothek dient nicht nur der Ausleihe von Büchern, sie hat einen grossen gesellschaftlichen Nutzen und dient, weil der Besuch kostengünstig ist, der Integration von allen Bevölkerungsschichten und von Menschen aus allen Kulturen. Das grössere Raumangebot und die angegliederte Cafeteria bietet allen Generationen die Möglichkeit, sich in der Stadtbibliothek aufzuhalten, zu studieren, zu diskutieren, sich zu treffen oder Veranstaltungen zu besuchen. Und dank der grosszügigen Öffnungszeiten rennt auch niemand mehr gegen geschlossene Türen an, wie dies im Zimmermannhaus gelegentlich passierte. Mit dem elektronischen Zugangssystem können Medien sogar nachts ausgeliehen werden. Durch die Erhöhung der personellen Ressourcen und die Verlängerung der Öffnungszeiten kann auch die Zusammenarbeit mit den Schulen intensiviert werden. Dadurch kann den Schülerinnen und Schülern ein unkomplizierter Zugang zum Lesen ermöglicht werden, was vor allem für Kinder mit Migrationshintergrund sehr wichtig ist. Vielleicht kann auf diesem Weg auch die «Lesefaulheit» mancher Kinder etwas bekämpft und ihnen andere Zugänge zu Literatur, Kunst, Geschichte, Wissenschaften et cetera ermöglicht werden.

Es gibt aber einige Themen, die in den nächsten Jahren noch angegangen werden sollten. Das sind etwa die Integration der Jugendbibliothek aus dem Schulhaus Hallwyler in die Stadtbibliothek, die Frage, was mit der Ludothek geschehen soll oder die Prüfung einer Zusammenarbeit mit dem Familienzentrum.

Ich danke dem Verein Stadtbibliothek, vor allem den Vorstandsmitgliedern, und der Bibliotheksleiterin Cécile Bernasconi für ihren Einsatz. Mein Dank geht aber auch an den Stadtrat, im Speziellen an Herrn Vizeammann Dr. Leo Geissmann, weil mit dieser Vorlage die Attraktivität der Stadt Brugg erhöht werden kann und der Bevölkerung der Region ermöglicht wird, von modernen städtischen Infrastrukturen zu profitieren.

Und ich danke dem Rat für die Zustimmung zu den Anträgen.

Herr Titus Meier: Die FDP dankt den bisher ehrenamtlich Tätigen des Vereins, die sich seit Jahren für die Stadtbibliothek einsetzen, der Verein ist bekanntlich seit über 150 Jahren aktiv. Die eigentliche Bibliothek ist allerdings älter, sie wurde 1640 gegründet.

Die Bibliothek, wie sie seit 1864 besteht, ist mittlerweile am elften Standort. Ein Besuch zeigt, der Platz ist zu eng, der Standort suboptimal. Die FDP ist deshalb der Ansicht, dass es eine Verbesserung braucht.

Die verschiedenen Vorteile wurden bereits ausgeführt. Ich möchte deshalb noch auf die kritischen Stimmen in der FDP hinweisen, wir werden der Vorlage nicht einstimmig zustimmen.

Die Kritik bezieht sich vor allem auf die Vorlage des Stadtrats, in der wir den einen oder anderen zusätzlichen Punkt erwartet hätten. Der eine Punkt betrifft die Integration der Jugendbibliothek. Wenn schon ein Standort direkt bei den Schulen besteht, warum wird die Jugendbibliothek weiterhin separat geführt und ihre Integration nicht in die Vorlage aufgenommen? Durch die Zusammenführung könnte vielleicht auch der eine oder andere Budgetposten gekürzt werden.

Es fehlt uns in der Vorlage auch eine Aussage dazu, was mit dem Zimmermannhaus passiert. Die Bibliothek wurde seinerzeit unter anderem mit der Absicht in das Zimmermannhaus verlegt, die Vorstadt besser an die Altstadt anzubinden. Es sollte ein attraktives Angebot in der Vorstadt bestehen, das die Menschen von der Altstadt in die Vorstadt bringt. Was passiert nun mit dem Haus?

Die Stadtbibliothek wurde lange von einem Verein geführt und wird nun in die Stadt integriert. Wie reagiert der Stadtrat, wenn weitere Vereine den Wunsch äussern, dass ihnen die Stadt die Bürde der ehrenamtlichen Tätigkeit abnimmt und diese künftig professionell ausführt? Die laufenden Ausgaben der Stadt steigen immer stärker, während die Einnahmen mit der Steigerung nicht Schritt halten.

Dennoch wird die Mehrheit der FDP den Anträgen zustimmen. Ein wichtiger Punkt ist nämlich, dass die Stimmbürgerin und der Stimmbürger dieser Vorlage zustimmen müssen. Der Rat fällt heute nur einen Vorentscheid, schlussendlich entscheiden die Steuerzahler und Steuerzahlerinnen, ob sie das Angebot erweitern und den neuen Standort wollen.

Herr Matthias Rüede: Ich spreche im Namen der Mitte. Wir werden den Anträgen zustimmen, schliesslich kam auch die Interpellation vom 28. Februar 2019, welche verlangte, den Standort Effingerhof für die Stadtbibliothek zu prüfen, aus unseren Reihen.

Vor ein paar Wochen konnte in der lokalen Presse gelesen werden, dass Brugg ein Update braucht. Für dieses Update müssen nicht die Wahlen abgewartet werden, es startet jetzt mit dieser Vorlage. Ein Update für die Stadtbibliothek, aber auch für die Standortattraktivität. Für die Mitte ist es unbestritten, dass die heutige Situation der Stadtbibliothek unwürdig ist. Über die positiven Auswirkungen der Vorlage auf die Stadtbibliothek wurde bereits umfassend berichtet. Ich gehe deshalb kurz auf den grösseren Zusammenhang ein, denn dies ist auch eine Vorlage für die Standortattraktivität und die Stadtentwicklung.

Seit die Druckmaschinen das Haus verlassen haben, verbindet man den Effingerhof nicht mehr mit Stichworten wie «Lebensqualität» oder «Attraktivität». Mit dieser Vorlage können das Gebäude und dessen Umgebung belebt werden, zudem ergibt sich eine Scharnierfunktion zwischen Neumarkt/Eisi und Altstadt, die schon lange gewünscht wird.

Meines Erachtens sendet der Rat heute Abend mit seinem Abstimmungsverhalten auch ein Signal an die Eigentümerschaft, die bereit ist, Räumlichkeiten für eine öffentliche Nutzung zu

vermieten. Es wird immer wieder beklagt, dass Gewerbeflächen nicht wie gewünscht ausgestattet sind. Nun besteht die Chance, zusammen mit der Eigentümerschaft eine leerstehende Gewerbefläche einzurichten und sie zu nutzen. Die moderne Stadtbibliothek kann so ein Platz für alle Generation sein. Natürlich kostet dies – wie jedes Update – etwas. Diese Kosten sind aber nicht überteuert, und es ist eine Investition in unsere Standortattraktivität. Es war auch zu lesen, dass man vielleicht die Finanz- und die Immobilienstrategie hätte abwarten müssen. Die Mitte ist der Meinung, dass die Stadt vorwärts gehen sollte, und nicht erst Papier verfassen und wälzen. Erfolg hat drei Buchstaben: T U N. Wir müssen etwas tun, wir müssen zugunsten der Standortattraktivität handeln. Die Mitte ist der Ansicht, dass mit dieser Vorlage die Möglichkeit besteht, etwas für die Standortattraktivität zu tun. Installieren wir dieses Update und stimmen – auch als Signal an die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger – den beiden Anträgen zu.

Herr Patrick von Niederhäusern: Ich spreche im Namen der SVP. Die SVP anerkennt die Arbeit, welche die Stadtbibliothek verrichtet. Sie leistet einen Beitrag zur Förderung von jungen Mitmenschen und zur Integration. Die Stadtbibliothek Brugg ist allerdings nicht die einzige Institution, die sich für die Förderung von Jugendlichen und Kleinkindern sowie die Integration engagiert. Corona zeigte, wo die Zukunft liegt, nämlich in der Digitalisierung. Wissen und Informationen werden und können heute aus anderen Quellen bezogen werden. Bedenkt man zudem, dass lediglich 700 m entfernt, also in einer Gehdistanz von weniger als 10 Minuten, eine topmoderne Bibliothek steht, die kostenlos genutzt werden kann, kann man diesen Antrag zum jetzigen Zeitpunkt nicht verstehen. Erst recht, wenn man bedenkt, dass mit dem Angebot private Firmen aus der Gastronomie und aus anderen Bereichen konkurrenziert werden.

Die SVP weist zudem seit Jahren auf das negative betriebliche Ergebnis hin. Dennoch werden an fast jeder Ratssitzung Stellenbegehren oder andere Begehren, die wiederkehrende Kosten verursachen, vorgelegt. Das geht so nicht. Zumal nicht einmal bekannt ist, was mit den bestehenden Bibliotheksräumen in Zukunft passieren wird.

Grün als Querschnittsthema mussten wir nun lange genug über uns ergehen lassen. Diesmal gibt es einen Grund, es auch anzuwenden. Aus ökologischer Sicht ist der Ausbau nämlich ebenso wenig vertretbar wie aus finanzieller.

Zu guter Letzt auch noch das Positive dieses Forderungskatalogs: Dieses Geschäft wird nicht nur dem Rat vorgelegt, das letzte Wort haben die Stimmberechtigten an der Urne. Wir können uns sehr gut vorstellen, dass die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger unseren Argumenten folgen werden, es wäre nicht das erste Mal.

Die SVP wird die Anträge ablehnen.

Herr Yves Gärtner: Wir hörten es gerade wieder: Es gibt ganz verschiedene Bibliotheken. Und aufgrund dieser grossen Unterschiede sind in den Köpfen der Menschen ganz verschiedene Bilder von Bibliotheken. Je nach Erlebnis stellt man sich einen Raum vor, der nach Staub und alten Büchern riecht, vielleicht mit einem «Bibliotheksdrachen» irgendwo an einem Pult, der für Ruhe und Ordnung sorgt. Oder, und das ist bei mir der Fall, man stellt sich einen grossen, hellen, aber gespenstisch stillen Raum vor, in dem Studierende über ihren Unterlagen brüten und wo jedes Umblättern fast wie Donner hallt. Vielleicht sieht man einen prächtigen Raum mit grossen, in Leder gebundenen Büchern, durch den Touristinnen und Touristen andächtig wandeln und staunen. Es gäbe viele weitere Bilder von Bibliotheken, die alle einer Realität entsprechen. Wir können für Brugg ermöglichen, dass positive Assoziationen mit dem Begriff «Bibliothek» entstehen.

Meine Assoziation mit dem Begriff «Bibliothek» ist dem Umstand geschuldet, dass ich studierte und die Bibliothek der ETH Lausanne erlebte. Mein Bild ist das einer Hochschulbibliothek, und das ist etwas ganz anderes als eine Stadtbibliothek. Dies trifft auch auf die Bibliothek der Fachhochschule zu. Sie hat andere Medien, andere Aufgaben und Rahmenbedingungen als eine Stadtbibliothek.

Ich argumentiere für eine Stadtbibliothek im Effingerhof, dabei ist dies sekundär. Denn der Rat trifft keine definitive Entscheidung für oder gegen die Erweiterung der Angebote der Bibliothek. Er entscheidet nur darüber, ob die Stimmbevölkerung gefragt werden soll, ob sie dies will.

Die Grünen befürworten das Anliegen und den Weg über eine Volksabstimmung. Deshalb stimmen wir mit Überzeugung für die Anträge.

Herr Vizeammann Dr. Leo Geissmann: Ich erhielt ein paar Fragen, auf die ich kurz eingehen möchte.

Zum Thema Jugendbibliothek. Die Stadtbibliothek begann vor sechs Jahren, mit der Jugendbibliothek im Schulhaus Hallwyler zu kooperieren. Es wurde ein gemeinsamer Katalog erfasst und ein Austausch zwischen den Bibliotheken organisiert, so dass ein Buch an einen Ort ausgeliehen und am anderen zurückgegeben werden kann. Diese Zusammenarbeit funktioniert gut. Die Jugendbibliothek hat bis anhin kein Bedürfnis geäussert, die Bibliothek im Schulhaus Hallwyler aufzulösen und mit der Stadtbibliothek zusammen zu legen.

Zum Thema Zimmermannhaus. Die Nutzung ist tatsächlich noch offen. Es war auch nicht das primäre Ziel, eine nahtlose Nutzung des Zimmermannhauses sicherzustellen. Allenfalls besteht in der Verwaltung Bedarf an den Räumen, da das aktuelle Raumangebot knapp ist. Es ist zu überlegen, ob gewissen Verwaltungsstellen im Zimmermannhaus Platz finden könnten. Auch weitere Verwendungsmöglichkeiten sind denkbar, die der Stadtrat abklärt.

Zu den Vereinen. Wenn ein Verein sich meldet und mitteilt, dass er nicht mehr über die Ressourcen zur Erfüllung seiner Aufgabe verfügt und die Stadt um Hilfe bittet, wird der Stadtrat die Anträge prüfen. Das heisst aber noch lange nicht, dass er auf jeden Antrag eingehen wird. Die Stadtbibliothek ist komplett abhängig von der finanziellen Unterstützung durch die Stadt Brugg. Neben den Mitgliederbeiträgen beziehungsweise den Benutzungsgebühren und den Beiträgen der Stadt hat die Bibliothek keine weiteren grösseren Einkünfte. Wenn die Stadt die Beiträge stoppt, geht die Bibliothek ein. Der Vorstand des Vereins hat sehr viel Fronarbeit geleistet, das ist in diesem Ausmass nicht mehr zeitgemäss. Deshalb erachtete es der Stadtrat für sinnvoll, die Bibliothek und ihre Mitarbeitenden in die Stadt zu integrieren, wie dies auch andernorts der Fall ist.

Offenbar kam ausserhalb der Diskussion im Rat die Frage auf, wie es um den Zugang für beeinträchtigte Personen in der Open Library steht. Gemäss Rücksprache mit dem Architekten weist der Haupteingang des Effingerhofs an der Storchengasse eine Rampe auf, die den Normen für hindernisfreies Bauen entspricht. Wenn gehbehinderte Personen die Open Library nutzen wollen, erhalten sie einen digitalen Schlüssel, der ihnen erlaubt, die Bibliothek über den Haupteingang zu betreten. Für Personen, welche die Treppe hochsteigen können, ist die Open Library über den Zugang von der Seite Stadtkirche gewährleistet.

Damit ist die Diskussion erschöpft.

In der Abstimmung wird dem Antrag 1 des Stadtrats:

«Sie wollen die Überführung der Stadtbibliothek Brugg in die städtische Verwaltung gutheissen und dafür 250 Stellenprozente mit jährlich wiederkehrenden Personalkosten von durchschnittlich Fr. 263'600.– sowie jährlich wiederkehrenden Betriebskosten von durchschnittlich Fr. 206'600.– zuhanden der Urnenabstimmung bewilligen. »

mit 36 Ja zu 10 Nein zugestimmt.

Dem Antrag 2:

«Sie wollen für die baulichen Massnahmen im Zusammenhang mit dem Umzug der Stadtbibliothek an den temporären Standort Effingerhof und die Umrüstung der Medien auf RFID einmalige Investitionskosten in der Höhe von Fr. 175'000.– bewilligen »

wird mit 36 Ja zu 11 Nein zugestimmt.

Die Präsidentin gibt den Eingang folgender Vorstösse bekannt:

- Postulat Markus Lang betreffend vollständig unterirdische Linienführung der Zentrum-sentlastungsstrasse
- Kleine Anfrage David Hunziker betreffend Zusammenarbeit oder Fusionen mit umliegenden Gemeinden
- Antrag Willi Wengi betreffend Änderung des «Geschäftsreglement des Einwohnerrates»

Die Präsidentin macht folgende Mitteilungen:

- Samuel Moor, Grüne, tritt aus dem Rat aus. Die Wiederbesetzung des Sitzes ist in Arbeit.
- Die nächste Einwohnerrats-Sitzung findet am Freitag, 3. September 2021, statt.

Schluss der Sitzung: 22.55 Uhr

NAMENS DES EINWOHNERRATES

Die Präsidentin:

Der Aktuar: